

R D 19/2 - 6 -

B e f e h l s b l a t t

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

1 9 4 5

Nr. 1 - 12

INDEX ZUM BEFEHLSBLATT DES CHEFS DER SICHERHEITSPOLIZEI UND D. SD 1945
=====

ABHOEREN VON AUSLAENDISCHEN SENDERN	55
ABORDNUNGSANTRAEGE	3
ABRUESTUNG VON KRIMINALTECHNISCHEN GERAETEN	37
ACKERBAUERZEUGNISSE	36
ANERKENNUNGEN	14,31,40,43
ANSCHRIFTENAENDERUNGEN	73
ARBEITSKRAEFTE, AUSLAENDISCHE	41,42,44
ARBEITSVERTRAGSBRUCH	42
AUFENTHALTSERMITTLUNG	15
AUFSICHTSDIENST	27
AUSBILDUNG	22
AUSGABENWIRTSCHAFT, SPARSAME	41
AUSWEISE, UEBERLASSUNG VON	8
AUSZEICHNUNG MIT ORDEN	49
BAHNFAHNDUNGSDIENST	62
BEFEHLSHABER-DIENSTSTELLEN	40
BEFOERDERUNG	49,51
BEFOERDERUNGSANTRAEGE	3
BEFOERDERUNGSURKUNDEN	35
BEHERBERGUNGSTAETTEN	8
BETRIEBSUNFAELLE	6
BOEHMEN UND MAEHREN, PROTEKTORAT	31
BULGARIEN, OSTARBEITER BULGARISCHER VOLKSZUGEHORIGKEIT	41
DIENSTBEZUEGE	35
DIENSTSTELLENVERZEICHNIS, BERICHTIGUNG DES	11,19,34
DIENSTSTELLEN, INSPEKTEUR- UND BEFEHLSHABER-	40
DISZIPLINARVERFAHREN	2
DRUCKSCHRIFTEN, AUSLAENDISCHE	8
DRUCKSCHRIFTEN, BESCHLAGNAHME VON	37
EHRENPATENSCHAFTEN	35
EHRENZEICHEN, VERLEIHUNG VON	51

INDEX ZUM BEFEHLSBLATT DES CHEFS DER SICHERHEITSPOLIZEI UND D. SD 1945
=====

EINSATZ, AUSWAERTIGER	62
EINSATZ, KOLONIALER	14
EINSATZ-WEHRMACHTGEBUERNISGESETZ	28,35,36
EISENBAHN	31
EISENBEWIRTSCHAFTUNG	4,5
ENTLASSUNGSURKUNDEN	35
ERNENNUNGSURKUNDEN	35
ERSATZ-HEER-SHECKS	31
ERZIEHUNG, WELTANSCHAULICHE	57
EWGG	28,35,36
FERNSPRECHVERKEHR	45
FERTIGUNGSaufTRAEGE, DRINGLICHKEITSSTUFEN FUEr	4
FRANKREICH, ABWICKLUNGSSTELLE DES EHEMALIGEN BEFEHLSHABERS	27
FRANKREICH, AUFENTHALTserMITTLUNG	15
GARTENBAUERZEUGNISSE	36
GEFAENGNISSE, STAATLICHE	27
GEHALTSBESCHEINIGUNGEN	35
GEHALTSEMPFAENGER DER WEHRMACHT, DER WAFFEN-SS, DES RAD	7
GENERALGOUVERNEMENT	31
HAUSSCHLACHTUNGEN	36
HEERES-VERORDNUNGSBLATT	43
HEERESVERPFLEGUNGSDIENSTSTELLEN	72
HEILFUERSORGE, FREIE	72
HEIMATKRIEGSGEBIET	32
HOLZBEWIRTSCHAFTUNG	4
INSPEKTEUR-DIENSTSTELLEN	40
JUSTIZHAEFTLINGE	18
KASSENWESEN DER WEHRMACHT	62
KOMMANDOFLAGGEN	72
KONTROLLWESEN DER WEHRMACHT	62
KRAFTFAHRWESEN	17

INDEX ZUM BEFEHLSBLATT DES CHEFS DER SICHERHEITSPOLIZEI UND D. SD 1945
=====

KRANKMELDUNGEN	62
KRIEGBESCHAEDIGTE	22
KRIEGSEINSAETZE	55
KRIEGSGEFANGENE	9
KRIMINALBEAMTINNEN, EINSTELLUNG, BEFOERDERUNG UND ENTLASSUNG	14
LEBENSMITTELKARTEN, ABGABE VON	73
LOHNEMPFAENGER DER WEHRMACHT, DER WAFFEN-SS, DES RAD	7
LOHNSTEUERABZUG	43
MAEHREN	31
MARSCHAUSWEISE	53
MELDEPFLICHT, POLIZEILICHE	8
NACHTDIENSTZULAGE	41
NOTDIENSTPFLICHTIGE	7
ORDENSAUSZEICHNUNG	49
ORDENSVERLEIHUNG	51
ORDNUNGSPOLIZEI	31
OSTARBEITER	41
OSTLAND, ABWICKLUNGSSTELLE DES BDS	43
PISTOLENTRAGEN	2
POLIZEIGEFAENGNISSSE, STAATLICHE	27
RAEUMUNGSFAMILIENUNTERHALT	35,36
RECHNUNGSWESEN DER WEHRMACHT	62
REHABILITIERUNG	49
REICHSANZEIGER	34
REICHSARBEITSDIENST, STEUERVERGUENSTIGUNGEN	34
REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT	6,53,72
REISEPAPIERE	53
REISESCHEINE	44
RUNDFUNKGERAETE	7
SANITAETSWESEN, ERRICHTUNG DES AMTES	53
SCHOENECK/WESTPR.	43

INDEX ZUM BEFEHLSBLATT DES CHEFS DER SICHERHEITSPOLIZEI UND D. SD 1945
=====

SCHRIFTTUM, SCHAEDLICHES UND UNERWUENSCHTES	37
SCHUTZHAFT	8
SENDER, AUSLAENDISCHE	55
SOLDBUECHER	3
STAATSGESPRAECHE, DRINGENDE	38
STEUERBEGUENSTIGUNGEN	7
STRAFVERBUESSUNG	8
STRAFVERFAHREN	2
TANKSTELLEN, ANMIETUNG VON	6
TRANSPORTBEGLEITKOMMANDOS	17
TRUPPENVERPFLEGUNG	36,73
UEBERSTUNDENVERGUETUNG	41
UNIFORMPFLICHT	62
VERPFLEGUNG	72
VERSETZUNGSANTRAEGE	3
VERSORGUNG, VETERINAERE	3
VERSORGUNGSBEZUEGE	35
VERWALTUNGSVEREINFACHUNG	8
VOLLZUGSBEAMTE	16
VORBEUGEHAF	8
WAFFEN-SS, STEUERVERGUENSTIGUNGEN	8
WEHRMACHTREISESCHEIN, EINFUEHRUNG DES	31
WEHRsoldEMPFAENGER, NICHTBEAMTETE	72
WINKEL MIT EINGESTICKTEM STERN	31
WOHNUNGEN, ZWECKENTFREMDUNG VON	40
ZENTRALAUSKUNFTSTELLE	38
ZEUGAMT DER SICHPOL., ERRICHTUNG	6
ZIVILPERSONEN, MITNAHME VON	72

1-121.
Nur für Behördengebrauch!

Keine Verschlussache
nach VS-Anw. ab 1.9.1956
Bundesarchiv
1.A.

1

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IOrg), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 1

Berlin, den 6. Januar 1945

6. Jahrgang

Bundesarchiv

Bibliothek

377/63

Männer der Waffen- und Polizei!

Das Jahr 1944 ist beendet. Seine schweren Prüfungen sind vom ganzen deutschen Volk bestanden worden.

Das Jahr 1945 wird uns dem großen deutschen Siege und damit dem Frieden entscheidend näherbringen.

Abermals werden wir wahrnehmen, was wir dem Führer bei Beginn des Krieges 1939 versprochen:

Wir wollen mehr tun als unsere Pflicht!

Es lebe unser geliebter Führer Adolf Hitler!

Feldkommandostelle, den 31. Dezember 1944

1-8
H. Himmler

Reichsführer-

Meine Kameraden!

**Für Euren Einsatz im zurückliegenden Kampfsjahr 1944 spreche ich
Euch meinen Dank und meine Anerkennung aus.**

Auch für das kommende Jahr gibt es für uns nur eine Parole:

**Härtester Einsatz und Anspannung aller Kräfte
für den deutschen Sieg!**

Berlin, den 31. Dezember 1944

Heil Hitler!

Dr. Kaltenbrunner
Waffen-Obergruppenführer

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I: RdErl. 8. 12. 1944 Pistolentragen in der Öffentlichkeit durch Waff-Führer. S. 2. — RdErl. 8. 12. 1944 Meldung von Straf- u. Disziplinarverfahren. S. 2. — RdErl. 10. 12. 1944 Veterinäre Versorgung der Sich.Pol. u. des SD. S. 3. — RdErl. 15. 12. 1944 Anerkennung. S. 3. — RdErl. 16. 12. 1944 W-Soldbücher für die männlichen Angestellten der Kommandomeldegebiete, Auslandsbriefprüfstellen und VI-Wi-Stellen. S. 3. — RdErl. 16. 12. 1944 Anerkennung. S. 3. — RdErl. 18. 12. 1944 Anerkennung. S. 3. — 23. 12. 1944 Beteiligung der Befehlshaber und Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD bei Beförderungs-, Versetzungs- und Abordnungsanträgen. S. 3.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II: RdErl. 4. 12. 1944 Dringlichkeitsstufen für Fertigungsaufträge. S. 4. — RdErl. 4. 12. 1944 Holzbewirtschaftung — Geräteholz. S. 4. — RdErl. 4. 12. 1944 Eisenbewirtschaftung — Eisen für Fertigwaren. S. 5. — RdErl. 4. 12. 1944 Eisenbewirtschaftung — Auftragssteuerung. S. 5. — RdErl. 8. 12. 1944 Betriebsunfälle; hier: Unfallanzeigen. S. 6. — RdErl. 9. 12. 1944 Anmietung von Tankstellen. S. 6. — RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 15. 12. 1944 Errichtung des Zeugamtes der Sich.Pol.

S. 6. — RdErl. 20. 12. 1944 Rundfunkgeräte. S. 7. — RdErl. 20. 12. 1944 Angabe der Postleitzahl auf Paketsendungen. S. 7. — RdErl. 22. 12. 1944 Steuerbegünstigungen in bestimmten östlichen und westlichen Gebieten bei Gehalts- und Lohnempfängern der Wehrmacht, der Waffen-W, des RAD. und des Wehrmachtgefolges. S. 7. — RdErl. 22. 12. 1944 Vergütungssätze für Notdienstpflichtige. S. 7.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes III: RdErl. 20. 9. 1944 Unterbrechung der Schutz- und Vorbeugungshaft zum Zwecke der Strafverbüßung. S. 8.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV: RdErl. 14. 12. 1944 Ausnahme vom Verbot ausländischer Druckschriften. S. 8.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes V: RdErl. 9. 11. 1944 Vereinfachung der Verwaltung; hier: Einschränkung der polizeilichen Meldepflicht bei besuchsweisem Aufenthalt und Wegfall der Ausweisüberlassung bei Aufenthalt in Beherbergungsstätten. S. 8. — RdErl. 19. 12. 1944 Fahndung nach flüchtigen Kriegsgefangenen. S. 9.

Verschiedenes: Berichtigung zum Dienststellenverzeichnis der Sich.Pol. u. des SD. S. 11.

Personalmitteilungen. S. 12.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I:

Pistolentragen in der Öffentlichkeit durch Waff-Führer.
RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 8. 12. 1944
— I Org. — Nr. 686/44 —

Nachstehender Befehl des Waff-Führungshauptamtes über Pistolentragen in der Öffentlichkeit durch sämtliche Führer der Waffen-W ist auch für die Führer der Sich.Pol. u. des SD verbindlich.

I. V.: Ehrlinger.

BefBlS. S. 2.

Anlage:

Befehl des Waff-Führungshauptamtes/Ia vom 1. 10. 1944
(Verwaltungsblatt der Waffen-W, Ziff. 577):

Sämtliche Führer der Waffen-W tragen ab sofort in der Öffentlichkeit scharf geladene Pistole. Die Pistolenträger sind für Kenntnis der Vorschriften über Waffengebrauch und der Handhabung der Waffe

in allen Fällen selbst verantwortlich. Abgabe von Pistolen in Kleiderablagen u. dgl. ist verboten. Auf die Gefahr von Pistolendiebstahl bei Gedränge auf Bahnhöfen und Verkehrsmitteln wird hingewiesen. Der Wehrmachtstreifendienst ist angewiesen und berechtigt, Durchführung dieses Befehls zu kontrollieren.

Auf den Befehl des Reichsführers-W vom 18. 1. 1944 betr. Vermeidung von Unglücksfällen mit Pistole wird erneut hingewiesen.

Meldung von Straf- und Disziplinarverfahren.
RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 8. 12. 1944
— I A 5 SA 1-6 —

An Sich.Pol. u. SD.

In letzterer Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß gegen W-Angehörige, deren Beförderung bereits

beim Reichssicherheitshauptamt beantragt war, ein Straf- oder Disziplinarverfahren eingeleitet wurde. In einigen Fällen wurde es von seiten der einreichenden Dienststelle unterlassen, Mitteilung an das Reichssicherheitshauptamt — I A 5 — zu geben, so daß die Beförderung trotz des eingeleiteten Verfahrens ausgesprochen wurde und nachträglich wieder rückgängig gemacht werden mußte. Um derartige Vorkommnisse zu vermeiden, ist jede Dienststelle verpflichtet, anlaufende Verfahren, gleich welcher Art, gegen die zur Beförderung eingereichten ~~W~~-Angehörigen sofort zu melden.

I. A.: Braune.

BefBIS. S. 2.

Veterinäre Versorgung der Sich.Pol. u. des SD

RdErl. des ChdSPudSD vom 10. 12. 1944

— I Org. Nr. 714/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Die zunehmende Anzahl von Pferden und Hunden bei den Einheiten der Sich.Pol. u. des SD (einschl. Zollgrenzschutz) erfordert eine geregelte Versorgung auf veterinärärztlichem Gebiete. Im Einvernehmen mit dem Chef der Ordn.Pol. bestimme ich daher:

(1) Zuständig für die veterinärärztliche Betreuung ist ab sofort die Veterinärinspektion im Hauptamt Ordn.Pol., Cottbus, Markgrafenmühle 1 (Fernsprecher: 3667, 4746 und Fernschreiber über Hauptamt Ordn.Pol.).

(2) Sämtliche Einheiten der Sich.Pol. u. des SD melden dorthin umgehend die Anzahl der von ihnen gehaltenen Tiere, die Art und Weise der bisherigen Versorgung und das bei ihnen befindliche Veterinär-, Veterinärgehilfen- und Hufbeschlag-Personal sowie das vorhandene Gerät.

(3) Auf Grund dieser Meldung regelt der Veterinärinspekteur der Polizei, ~~W~~-Oberführer und Oberstveternär d. Pol. Dr. Pfragner, im Einvernehmen mit mir den Veterinärdienst in meinem Befehlssbereich und trifft die notwendigen Maßnahmen für den Personalaufbau und Ersatz sowie hinsichtlich des Nachschubes an Vet.- und Hufbeschlaggerät und des Bedarfes an pferdebespannten Fahrzeugen.

(4) Der Veterinärinspekteur ist verpflichtet, mich über sein Tätigkeitsgebiet laufend zu unterrichten und zu beraten und erhält seinerseits die Inspekturbefugnis in seinen Belangen innerhalb von Sich.Pol. u. SD. Wegen der Versorgung auf dem Gebiete des Hundewesens hat er überdies das Einvernehmen mit dem zuständigen Beauftragten des RF~~W~~ zu pflegen.

(5) Die Kostenübernahme erfolgt durch das Hauptamt Ordn.-Pol.

(6) Die für die Versorgung erforderlichen Anforderungsverzeichnisse und Merkblätter sind unmittelbar beim Hauptveterinärpark der Ordn.-Pol. in Cottbus, Markgrafenmühle 1, anzufordern.

Dr. Kaltenbrunner.

BefBIS. S. 3.

Anerkennung.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 15. 12. 1944

— I A 1 a (2) Nr. 20 582/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Auf Vorschlag des Chefs der Sich.Pol. u. des SD hat der Reichsführer~~W~~ dem

~~W~~-Untersturmführer Kriminalkommissar

Dietrich Wiegand,

Kriminalpolizeistelle Ludwigshafen a. Rh.,

seine Anerkennung für fachliche Leistungen und persönlichen Einsatz ausgesprochen.

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 3.

~~W~~-Soldbücher für die männlichen Angestellten der Kommandomeldegebiete, Auslandsbriefprüfstellen und VI-Wi-Stellen.

RdErl. des ChdSPudSD vom 16. 12. 1944

— I A 1 a Nr. 93/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) An den vorgenannten Personenkreis sind keine ~~W~~-Soldbücher und Erkennungsmarken auszugeben, da diese Kräfte früher als Zivilangestellte der Wehrmacht ebenfalls keine Soldbücher und Erkennungsmarken hatten.

(2) Die diesem Erl. entgegenstehenden Weisungen und Auskünfte sind als überholt anzusehen.

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 3.

Anerkennung.

RdErl. des ChdSPudSD vom 16. 12. 1944

— I A 1 a (2) Nr. 20 633/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Ich habe dem

Kriminalobersekretär

Wilhelm Weidt,

Kriminalpolizeistelle Flensburg,

ein Belobigungsschreiben für fachliche Leistungen und persönlichen Einsatz erteilt.

Dr. Kaltenbrunner.

BefBIS. S. 3.

Anerkennung.

RdErl. des ChdSPudSD vom 16. 12. 1944

— I A 1 a (2) Nr. 20 415/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Ich habe dem

~~W~~-Oberscharführer Kriminalassistenten

Wilhelm Kondritz,

Staatspolizeistelle Litzmannstadt,

für fachliche Leistungen und persönlichen Einsatz meine Anerkennung ausgesprochen.

Dr. Kaltenbrunner.

BefBIS. S. 3.

Anerkennung.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 18. 12. 1944

— I A 1 a (2) Nr. 20 692/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Der Chef der Sich.Pol. und des SD hat dem

Oberstleutnant von Groß,

Auslandsbriefprüfstelle Wien,

seine Anerkennung für tatkräftigen Einsatz und vorbildliche Arbeit ausgesprochen.

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 3.

Beteiligung der Befehlshaber und Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD bei Beförderungs-, Versetzungs- und Abordnungsanträgen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 23. 12. 1944

— I A 1 a Nr. 1325/44 —

An die Sich.Pol.

(1) Beförderungs-, Versetzungs- und Abordnungsanträge für Beamte der Bes.Gr. A 5b und höher (ab

Ob.Sekr.), Kriminalangestellte ab Grundvergütungssatz 8 und Tarifangestellte ab Verg.Gr. VI TO. A sind künftig dem Reichssicherheitshauptamt von den nachgeordneten Dienststellen stets über den zuständigen Befehlshaber bzw. Inspekteur der Sich.Pol. u. des SD vorzulegen.

(2) Die Kommandeure der Führerschule der Sich.Pol. und der Sich.Pol.Schule in Fürstenberg legen Beförderungs-, Versetzungs- und Abordnungsanträge dem Reichssicherheitshauptamt weiterhin unmittelbar vor.

(3) Hinsichtlich der Beförderungsvorschläge für abgeordnete Kräfte wird noch auf Ziff. (4) der Beförderungsrichtlinien für die Sich.Pol. vom 20. 10. 1943 (BefBIS. S. 346) verwiesen (Vorlage nur durch die Heimatdienststelle nach Einholung einer Beurteilung der Beschäftigungsdienststelle. Beschäftigungsdienststelle kann Beförderung bei der Heimatdienststelle anregen).

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 3.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II:

Dringlichkeitsstufen für Fertigungsaufträge.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 4. 12. 1944
— II B 1 Nr. 7036/44-264-2 —

An Sich.Pol. u. SD ohne Krim.Pol. außer Prag u. Brünn.

(1) Das //Rohstoffamt hat die Ermächtigung erhalten, in besonders begründeten Fällen Aufträge von Dienststellen der // und Polizei selbständig mit Dringlichkeitsstufen auszustatten oder, soweit Vorbehalte bestehen, die erforderliche Zustimmung des Reichsministers für Bewaffnung und Munition zur bevorzugten Ausführung einzuholen.

(2) Für die Einstufung kommen lediglich Aufträge von unbedingt kriegsentscheidender Bedeutung in Betracht, deren rechtzeitige Ausführung ohne Zuerkennung eines Dringlichkeitsgrades in Frage gestellt wäre.

(3) Bei Beantragung einer Dringlichkeitsstufe ist der strengste Maßstab anzulegen, damit eine Verwässerung der Richtlinien des RMinfBewuMun. und des OKW. über die Durchführung von Einstufungen unter allen Umständen vermieden wird.

(4) Aus dem Antrage müssen ersichtlich sein:

- a) der ohne Dringlichkeitsstufe vom Auftragnehmer in Aussicht gestellte Liefertermin,
- b) der vom Auftraggeber geforderte Liefertermin,
- c) der Grund der Eilbedürftigkeit,
- d) die Kommissions-Nummer, unter der der Auftrag von der Lieferfirma angenommen wurde,
- e) das Einsatzgewicht der zur Ausführung des Auftrages erforderlichen Rohstoffe ohne Rücksicht darauf, ob eine Kontingentierung noch erforderlich ist.

(5) Dem Antrage ist eine beglaubigte Abschrift des Auftragschreibens (Bestellschein) in vierfacher Ausfertigung beizufügen. Das Auftrags schreiben muß folgende Angaben enthalten:

- a) Name des Auftraggebers,
- b) Tag der Auftragserteilung,
- c) Bestell-Nr. des Auftraggebers,
- d) genaue Anschrift des Lieferers (nach Möglichkeit sind Herstellerfirmen in Anspruch zu nehmen, da die Erteilung von Sonderstufen an Händlerfirmen vermieden werden soll),
- e) Gegenstand des Auftrages (bei größeren Aufträgen sind die geforderten Leistungen zu erläutern).

(6) Soweit Rohstoffe benötigt werden, sind diese unter Berücksichtigung der einschlägigen Erlasse gleichzeitig mit der Dringlichkeitsstufe zu beantragen.

(7) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD reichen Anträge auf Erlangung von Dringlichkeitsstufen ausschließlich an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II B 1 — ein. Ein unmittelbarer Verkehr mit

dem //Rohstoffamt ist nicht statthaft; eine Ausnahme bildet der unmittelbare Verkehr der Dienststellen im Protektorat mit der Außenstelle des //Rohstoffamtes in Prag, Svehla-Ufer 6.

(8) Der vorstehende Erl. findet auf Bauvorhaben keine Anwendung.

I. A.: Dr. Bergmann.

BefBIS. S. 4.

Holzbewirtschaftung — Geräteholz.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 4. 12. 1944
— II B 1 Nr. 6900/44-264-3 —

An Sich.Pol. u. SD ohne Krim.Pol. außer Prag u. Brünn.

(1) Für Neuanfertigung und Instandsetzung von Unterkerfgeräten steht dem Reichssicherheitshauptamt ein eigenes Kontingent an Nadelschnittholz, Sperrholz, Holzfaserplatten und Laubschnittholz zur Verfügung.

(2) Anträge auf Zuteilung dieser Rohstoffe sind an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II B 1 — zu richten und müssen folgende Angaben enthalten:

- a) Bezeichnung des Bedarfsträgers,
- b) genaue Anschrift des Herstellers oder Lieferers,
- c) erforderliche Holzmenge und Holzart in cbm, bei Holzfaserplatten in qm,
- d) Verwendungszweck,
- e) kurze Begründung der Beschaffungsnotwendigkeit.

(3) Dem Antrage ist eine mit rechtsverbindlicher Unterschrift und Firmenstempel versehene und vom Auftraggeber sachlich festgestellte Berechnungsunterlage des Verarbeiters oder Lieferers beizufügen.

(4) Auftragserteilungen können nur im Rahmen des vorhandenen Holzkontingents genehmigt werden. Die rohstoffmäßige Deckung von Fertigungs- oder Instandsetzungsbedarf ist daher grundsätzlich vor Ausführung der Arbeiten sicherzustellen.

(5) Die Zuteilung geschieht in Einkaufsscheinen (bei Verarbeitung in polizei- oder SD-eigenen Instandsetzungsbetrieben) oder in Zuweisungsscheinen (bei Aufträgen an das Handwerk oder an die Holzverarbeitende Industrie).

(6) Die Antragsteller haben für sofortige Verwertung der Bezugsrechte Sorge zu tragen, da die Verwertung erfahrungsgemäß bereits einige Zeit vor dem angegebenen Verfallstage Schwierigkeiten bereitet und ein Umtausch verfallener Holzscheine nicht möglich ist.

(7) Laubschnitt- und Sperrholz wird nur in Ausnahmefällen bewilligt, falls kriegsentscheidende Zwecke die Verarbeitung rechtfertigen und Ausweichstoffe nicht verwendet werden können. Dem Antrage ist eine von dem Verarbeiter ausgefertigte und rechtsverbindlich unterschriebene „Bedarfsanforderung für Holz“ nach Vordruck Nr. „H 1/42“ beizufügen.

- (8) Bei Bedarfsmengen an
Nadelschnittholz unter 0,5 cbm,
Sperrholz unter 0,02 cbm und
Holzfaserplatten unter 10 qm

sind Bedarfsanforderungsscheine nicht erforderlich; derartige „Kleinstmengen“ sind vielmehr aus den Beständen der Herstellerfirmen zu decken.

(9) Kisten, kistenähnliche Erzeugnisse dürfen lt. Anordnung des Reichsbeauftragten für Verpackungsmittel vom 30. 5. 1944 (Reichsanz. Nr. 135) nur noch gegen Kistenscheine geliefert werden. Anträge sind auf dem vorgeschriebenen Vordruck „7405/1 (Kistenschein)“ in doppelter Ausfertigung — gesondert für jede Kistenart — ohne Begleitbericht an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II B 1 — einzureichen. Auf der ersten Seite des Formblattes ist als Kontingenträger einzusetzen:

Reichsführer-// — Persönlicher Stab —
Rohstoffamt —

(10) Die unter Ziff. 7 und 9 genannten Vordrucke sind u. a. bei dem Verlag Ernst Janetzke in Berlin SW 68, Wassertorstr. 14, erhältlich.

(11) Gebrauchte Kisten können frei bezogen werden. Die für diese Zwecke errichteten Sammelstellen sind bei den Landeswirtschaftsämtern zu erfragen.

(12) Vom 1. 1. 1945 an kann außerdem Holz zur Selbstanfertigung von Kisten beantragt werden. Der Bedarf wird mit besonderen Nadelschnittholz-Einkaufsscheinen, die mit dem Überdruck: „Nur für Verpackungsholz“ versehen sind, gedeckt.

(13) Für den Erwerb von Geschäftszimmereinrichtungen und Unterkunftsgeräten sind Möbelbezugsmarken erforderlich, die im Bedarfsfalle bei den örtlich zuständigen Landeswirtschaftsämtern unmittelbar zu beantragen sind, da dem Reichsführer-// hierfür kein eigenes Kontingent zur Verfügung steht. In Ausnahmefällen und insbesondere bei größerem Bedarf können Unterkunftsgeräte außerdem beim einschlägigen Gewerbe gegen Hergabe entsprechender Rohstoffbezugsrechte in Auftrag gegeben werden, vorausgesetzt, daß der Produktionsausschuß für Möbel und Unterkunftsgeräte eine Ausnahmegenehmigung zur Herstellung erteilt hat. Die Ausnahmegenehmigung muß vor Ausführung des Auftrages auf dem Dienstwege beantragt werden; Ziff. (2) dieses Erl. ist hierbei zu beachten. Falls die Unterbringung eines Auftrages erhebliche Schwierigkeiten bereitet, kann seine Einweisung durch den Produktionsausschuß für Möbel und Unterkunftsgeräte veranlaßt werden. Die Einweisung ist erforderlichenfalls zusammen mit der Ausnahmegenehmigung zu beantragen. Rechtzeitige Planung der Beschaffungsvorhaben ist erforderlich!

(14) Dienststellen mit Sitz im Protektorat richten ihre Holzanträge unmittelbar an die Außenstelle des //Rohstoffamtes in Prag II, Svehla-Ufer 6. Des weiteren erhalten die Dienststellen im Generalgouvernement Holzzuteilungen durch den //Wirtschaftler in Krakau unmittelbar. In allen übrigen Fällen ist ein unmittelbarer Verkehr mit dem //Rohstoffamt oder anderen obersten Rohstoffstellen untersagt. Dorthin gerichtete Anträge bleiben unbearbeitet.

(15) Auf die besetzten Gebiete findet der Erl. keine Anwendung.

(16) Der RdErl. vom 2. 9. 1941 (BefBIS. S. 173) ist hierdurch in vollem Umfange gegenstandslos geworden. Hinsichtlich der Bewirtschaftung von Bauholz wird auf den RdErl. vom 2. 12. 1944 (BefBIS. S. 369) verwiesen.

I. A.: Dr. Bergmann.
BefBIS. S. 4.

Eisenbewirtschaftung. — Eisen für Fertigwaren.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 4. 12. 1944
— II B 1 Nr. 7035/44-264-2 —

An Sich.Pol. u. SD. ohne Krim.Pol.
außer Prag und Brünn.

A. Lagereisen.

(1) Mit Anordnung Nr. 11 des Reichsbeauftragten für Eisen und Metalle vom 18. 9. 1944 (Dt. RAnz. Nr. 212 vom 20. 9. 1944) sind besondere Bezugsrechte für Lagereisen eingeführt worden.

(2) Hiernach sind alle Auftragnehmer mit sofortiger Wirkung verpflichtet, mindestens 15 v. H. ihres Bedarfs an unlegiertem Eisen in Bezugsrechten für Lagereisen anzunehmen.

(3) Da die Übertragung von Lagereisen ausschließlich im Scheckverfahren erfolgt, wird Abs. 4 des RdErl. vom 26. 9. 1942 (BefBIS. S. 286) dahin abgeändert, daß für alle Anträge auf Zuteilung von 100 kg unlegiertem Eisen und darüber der Vordruck „EuM 1/43 (Eisen- und Metallanforderung)“ zu verwenden ist. Der Vordruck „EuM 1/43“ ist außerdem bei der Beantragung von legiertem Eisen und Nichteisenmetallen zu verwenden (vergl. RdErl. vom 17. 10. 1944 [BefBIS. S. 278]). Eisenmengen unter 100 kg können wie bisher formlos beantragt werden; Berechnungsunterlage der Lieferfirma ist jedoch beizufügen.

(4) Die Vordrucke „E 1/42 (Eisenanforderung für unlegiertes Eisen)“ und „E 2/42 (Eisenanforderung für legiertes Eisen)“ sind ungültig geworden und nicht mehr einzureichen.

B. Bestellrechte für Bleche.

(5) Die Reichsstelle für Eisen und Metalle hat mit Anordnung E I 8 vom 8. 12. 1943 (Dt. RAnz. Nr. 287) besondere Bestellrechte für Bleche eingeführt.

(6) Aufträge auf Lieferung von Fein-, Mittel- und Grobblechen dürfen nur noch erteilt und angenommen werden, wenn gleichzeitig die entsprechenden Bestellrechte übertragen werden. Die Verpflichtung zur Übertragung von Eisenbezugsrechten nach dem RdErl. vom 26. 9. 1942 (BefBIS. S. 286) bleibt dadurch unberührt.

(7) Bestellrechte für Bleche sind im Bedarfsfalle auf dem vorgeschriebenen Vordruck „B 1/43 (Anforderung für Bestellrechte, zugleich Sonderschein B (Bleche)“ zu beantragen.

(8) Die auftraggebenden Dienststellen haben darauf zu achten, daß die für Rohstoffanträge zugelassenen Formblätter vollständig ausgefüllt sind und insbesondere die rechtsverbindliche Unterschrift sowie den Firmenstempel des Lieferers tragen. Eine Liste der Druckereien, bei denen die einschlägigen Vordrucke bezogen werden können, wurde im BefBIS. 1942 S. 286 veröffentlicht.

(9) Anträge von Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD sind wie bisher ausschließlich an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II B 1 — einzureichen. Ein unmittelbarer Verkehr mit dem //Rohstoffamt oder anderen obersten Rohstoffstellen ist untersagt; eine Ausnahme bildet der unmittelbare Verkehr der Dienststellen im Protektorat mit der Außenstelle des //Rohstoffamtes in Prag, Svehla-Ufer 6.

(10) Hinsichtlich des Rohstoffbedarfs für Bauzwecke wird auf den RdErl. vom 2. 12. 1944 (BefBIS. S. 369) verwiesen.

I. A.: Dr. Bergmann.
BefBIS. S. 5.

Eisenbewirtschaftung — Auftragssteuerung.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 4. 12. 1944
— II B 1 Nr. 7037/44-264-2 —

An Sich.Pol. u. SD ohne Krim.Pol. außer Prag u. Brünn.

A. Auftragssteuerungs-Nummer.

(1) Nach dem RdErl. vom 27. 3. 1944 (BefBIS. S. 92) dürfen Aufträge auf Lieferung von Eisen- und Stahlmaterial sowie von Fertigerzeugnissen, die ganz oder teilweise aus Eisen oder Stahl bestehen, nur noch erteilt und angenommen werden, wenn das Auftragschreiben mit einer Auftragssteuerungs-Nummer (AStNr.) versehen ist.

(2) Die Verpflichtung zur Mitteilung einer Auftragssteuerungs-Nummer ist inzwischen gelockert worden und besteht nur noch bei Aufträgen, zu deren Ausführung entweder legiertes Eisen- und Stahlmaterial oder mehr als 1 to unlegiertes Eisen- oder Stahlmaterial erforderlich ist.

(3) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD haben bei entsprechenden Auftragserteilungen die Auftragssteuerungs-Nummer 5260 zu verwenden, die zugleich als Bedarfsgruppen-Nummer gilt. Es ist darauf zu achten, daß die Auftragssteuerungs-Nummer auch auf der Eisenanforderung nach Formblatt „EuM 1/43“ in der dafür vorgesehenen Kopfspalte angegeben wird.

B. Zusatzziffer und Lieferanordnung.

(4) Auftragnehmer haben in letzter Zeit vielfach Zusatzziffern zur Auftragssteuerungs-Nummer verlangt oder irrigerweise behauptet, daß die bisherigen Auftragssteuerungs-Nummern ungültig seien. Die Auftragssteuerungs-Nummern haben jedoch nach wie vor Gültigkeit und den Zweck, bestimmte Aufträge der eisen-schaffenden Industrie gegenüber kenntlich zu machen. Um eine bevorzugte Behandlung besonders kriegsentscheidender Schwerpunktprogramme zu gewährleisten, wurden außerdem Zusatzziffern zur Auftragssteuerungs-Nummer eingeführt. Diese Zusatzziffern sind aber nur wenigen Fertigungsvorhaben vorbehalten und stehen den Kontingenträgern allgemein nicht zur Verfügung.

(5) Statt dessen kann bei anderen Aufträgen in begründeten Fällen derselbe Erfolg mit einer Lieferanordnung erzielt werden. Treten, also bei Aufträgen auf Lieferung von Erzeugnissen der eisen-schaffenden Industrie — wie z. B. Bleche, Röhren, Profile usw. — Schwierigkeiten auf, so kann der Auftraggeber bei entsprechender Wichtigkeit des Beschaffungsvorhabens eine RVE.-Lieferanordnung mit Vordruck Nr. 16 (erhältlich u. a. bei allen in Anlage I zum RdErl. vom 26. 9. 1942 (BefBIS. S. 286) genannten Druckereien) beantragen.

(6) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD. reichen Anträge dieser Art an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II B 1 — ein. Ein unmittelbarer Verkehr mit dem //Rohstoffamt oder anderen obersten Rohstoffstellen ist untersagt; eine Ausnahme bildet der unmittelbare Verkehr der Dienststellen im Protektorat mit der Außenstelle des //Rohstoffamtes in Prag, Svehla-Ufer 6.

(7) Durch die Lieferanordnung wird das Verfahren für Dringlichkeitsstufen (vgl. RdErl. vom 4. 12. 1944 [BefBIS. S. 4]) in keiner Weise berührt, da Dringlichkeitsstufen lediglich auf die eisenverarbeitende Industrie Einfluß haben, der eisen-schaffenden Industrie gegenüber aber unwirksam sind.

I. A.: Dr. Bergmann.

BefBIS. S. 6.

Betriebsunfälle; hier: Unfallanzeigen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 8. 12. 1944
— II A 2 b — Nr. 7273/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Auf Grund des § 3 der VO. über die Anpassung der sozialen Unfallversicherung an den totalen Kriegseinsatz vom 9. 11. 1944 (RGBl. I S. 324) sind Unfallanzeigen des Unternehmers (§ 1552 der Reichsversicherungsordnung) nur noch zu erstatten, wenn durch den Unfall ein im Unternehmen Beschäftigter getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt oder für mehr als sieben Tage voll oder teilweise arbeitsunfähig wird.

I. A.: Kreklow.

BefBIS. S. 6.

Anmietung von Tankstellen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 9. 12. 1944
— II C 3 c — Nr. 891/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Das Rohstoffamt des RF// und die Reichsstelle für Mineralöl übersenden wiederholt unmittelbar gerichtete Anträge auf Überlassung von Zapf- bzw. Tankstellen zur Stellungnahme. Die Abgabe einer Stellungnahme ist aber nicht möglich, da die berechtigten Voraussetzungen für die Anmietung der Zapf- bzw. Tankstellen hier nicht bekannt sind.

(2) Im Hinblick darauf, daß vom Reichsbeauftragten für Mineralöl beim Reichswirtschaftsminister gemäß Durchführungsanordnung 2 zur Anordnung XI/43 vom 21. 12. 1942 (Reichs- und Preuß. Staatsanzeiger, Dez. 1942) sämtliche Zapf- bzw. Tankstellen beschlagnahmt sind und die Freigabe zur Benutzung oder Anmietung von Zapf- und Tankstellen einer besonderen Genehmigung bedarf, wird angeordnet:

(3) Die Bearbeitung der Anträge über die Freigabe von Zapf- bzw. Tankstellen erfolgt grundsätzlich durch das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II C 3 c —. Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD übersenden die Anträge mit eingehender Begründung unter Angabe der Dringlichkeit der Überlassung und der zur Einlagerung kommenden Mengen Otto-Kraftstoff zu dem bezeichneten Erlaß.

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 6.

Errichtung des Zeugamtes der Sich.Pol.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 15. 12. 1944
— II C 4 — Nr. 11 622/44 —

An Sich. Pol. u. SD.

(1) Mit Wirkung vom 1. 12. 1944 hat die Dienststelle II C 4, Rauscha/O. L., die Bezeichnung

„Zeugamt der Sicherheitspolizei“

Rauscha/O. L.

Freiwalddauer Str. 32,

erhalten.

(2) Das Zeugamt der Sich.Pol. ist nur für die Auslieferung der vom Ref. II C 4 zugewiesenen Waffen, Munition und Geräte und Instandsetzung von Waffen zuständig.

(3) Anforderungen sind ausschließlich an das Reichssicherheitshauptamt — Ref. II C 4 —, Berlin, zu richten.

Auf den RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 21. 10. 1944 — II C 4 — Nr. 11 381/44 (BefBIS. S. 284 Abs. (2) u. (4)) wird hingewiesen.

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 6.

Rundfunkgeräte.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 20. 12. 1944
— II C 4 - Nr. 11 612/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Gem. RdErl. vom 17. 10. 1944 — I Org. — Nr. 571/44 — 151 — (BefBIS. S. 276) ist das Amt „N“ gebildet worden. Die bisherigen Referate II C 1 — Funkwesen — und II C 2 — Drahtnachrichten — sind in das Amt „N“ aufgegangen.

(2) Im Einvernehmen mit dem Amtschef „N“ ist bezüglich der Rundfunkgeräte vereinbart worden, daß Wehrmachtrundfunkgeräte, die für dienstliche Zwecke Verwendung finden sollen, in der Zuständigkeit des Amtes „N“ verbleiben.

(3) Die Verwaltung und Instandsetzung von Rundfunkgeräten für die Unterkünfte, die dem Abhören von Nachrichten und der Unterhaltung dienen, ist dem Ref. II C 4 übertragen worden.

(4) Der RdErl. vom 21. 10. 1944 — II C 4 — Nr. 11 381/44 — Abs. (2) — (BefBIS. S. 284) findet bei Anforderungen von Rundfunkgeräten, -röhren und -zubehörteilen Anwendung.

(5) Die Angabe der Stromart (Gleich- oder Wechselstrom) und Spannung (110—220 Volt) ist bei Anforderung von Rundfunkgeräten unbedingt erforderlich.

(6) Bei Anforderungen von Rundfunkröhren ist außer der genauen Bezeichnung der Röhrentype die Angabe des Fabrikates des reparaturbedürftigen Apparates notwendig. Gleichzeitig ist zu berichten, bei welcher Dienststelle der Apparat vereinnahmt wurde bzw. zur Zeit Verwendung findet, da über sämtliche Rundfunkgeräte genaue Kontrolle geführt wird.

(7) Bei Anforderungen ist strengster Maßstab anzulegen, da die Beschaffung von Rundfunkgeräten und -röhren äußerst schwierig ist und die Bestände sehr gering sind.

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 7.

Angabe der Postleitzahl auf Paketsendungen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 20. 12. 1944
— II HB 1 Nr. 221/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Das Reichspostministerium hat durch RdErl. I 2466 — O — (veröffentl. im Amtsbl. d. Reichspostministeriums Nr. 116 vom 8. 12. 1944) die Einlieferungs-, Abrechnungs- und Leitpostämter angewiesen, sicherzustellen, daß kein Paket abgesandt wird, auf dem die Postleitzahl mit dem Leitzahlkreis fehlt oder nicht in der vorgeschriebenen Größe oder undeutlich angegeben ist. Die Postleitzahl soll auf Paketsendungen links neben dem Bestimmungsort in einer kreisförmigen Umrandung mit einem Durchmesser von mindestens 4 bis 5 cm in klarer und kräftiger Schrift (Tinte oder dunkler Farbstift) niedergeschrieben werden. Die Angabe der Postleitzahl auf Paketsendungen mit Schreibmaschine genügt nicht. Bei der Absenderangabe ist nur die kleinere — für Briefsendungen geltende — Form der Postleitzahl anzuwenden. Für die Beschriftung der Paketkarten mit der Postleitzahl gelten dieselben Vorschriften wie für Briefsendungen (MBliV. 1944 S. 219).

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 7.

Steuerbegünstigungen in bestimmten östlichen und westlichen Gebieten bei Gehalts- und Lohnempfängern der Wehrmacht, der Waffen-~~SS~~, des RAD. und des Wehrmachtgefolges.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 22. 12. 1944
— II A 2 a - Nr. 7046/44-256 —

An Sich.Pol. u. SD.

Der RmDf. hat mit Erl. vom 16. 10. 1944 — S 2198-264 — III — (RStBl. 1944 S. 635 Nr. 493) den nachstehenden Erl. des OKW. vom 17. 8. 1944 bekanntgegeben:

„Alle Angehörigen des Wehrmachtgefolges sind in den steuerbegünstigten Gebieten grundsätzlich nur im Rahmen der Wehrmacht eingesetzt. Sie begründen in der Regel also keinen ausschließlichen Wohnsitz in den begünstigten Gebieten. Eine andere Annahme ist nur dann gerechtfertigt, wenn das Verhalten der obengenannten Personen die Absicht erkennen läßt, dort nicht nur vorübergehend, d. h. wegen und für die Dauer des Einsatzes an dem Einsatzort zu verweilen (z. B. bei Mieten einer Wohnung, Grundstücksankauf für Wohnzwecke, Heirat mit einer Person, die in den steuerbegünstigten Gebieten ihren Wohnsitz hat; ferner bei Ledigen, die mit den Eltern oder anderen Familienmitgliedern einen gemeinsamen Haushalt geführt haben, sobald letztere unter Fortsetzung der Wohngemeinschaft ihren ausschließlichen Wohnsitz ebenfalls in das begünstigte Gebiet verlegen, und in ähnlichen Fällen).

Hatten die Angehörigen des Wehrmachtgefolges ihren ausschließlichen Wohnsitz bereits vor ihrem Einsatz bei der Wehrmacht in den begünstigten Gebieten, so verlieren sie diesen auch dann nicht, wenn sie außerhalb der begünstigten Gebiete eingesetzt werden und sich lediglich wegen und für die Dauer ihres Einsatzes außerhalb der begünstigten Gebiete aufhalten.

Der Versetzung für das Friedensverhältnis bei Soldaten und Wehrmachtbeamten wird gleichgestellt bei Angestellten und Arbeitern die Versetzung bzw. Überweisung (bei der Kriegsmarine die Kommandierung mit Umzugsanordnung); in diesen Fällen ist also die Steuerbegünstigung zu gewähren, sobald in den steuerbegünstigten Gebieten eine Wohnung genommen wird, wobei die Unterkunft in einem Gemeinschaftslager (Kaserne) für die Dauer des Krieges als Wohnung im Sinne des § 13 St.Anp.Ges. angesehen werden kann.“

Gemäß des mit RdErl. vom 27. 9. 1944 im BefBIS. S. 267 bekanntgegebenen RdErl. d. RdF. vom 6. 5. 1944 Abschn. 2 Abs. (3) gehören die Angehörigen der Polizei in bezug auf die Steuerbegünstigungen zum Wehrmachtgefolge.

I. A.: Kreklow.

BefBIS. S. 7.

Vergütungssätze für Notdienstpflichtige.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 22. 12. 1944
— II A 2 a - Nr. 2245/44-291-13 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Auf die nachstehenden RdErl. des RmDf. wird hingewiesen:

a) Vergütungssätze für Notdienstpflichtige (2. Änderungserlaß).

RdErl. des RMdI. vom 22. 9. 1944 — MBliV. S. 951 —

- b) Vergütung für die persönlichen Aufwendungen Notdienstpflichtiger, die außerhalb der Reichsgrenze und im Generalgouvernement eingesetzt sind. RdErl. des RMdI. vom 27. 10. 1944 — MBliV. S. 1064 —

Die Anl. zum RdErl. vom 1. 7. 1942 (BefBIS. S. 195) ist entsprechend zu berichtigen.

(2) Auf die Kommandierten der Waffen-~~SS~~ sind die vorstehenden RdErl. gem. Anmerkung zu Ziff. 5 der AB. zu § 9 EWGG. (BefBIS. S. 312) nicht anzuwenden.

I. A.: Kreklow.

BefBIS. S. 7.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes III:

Unterbrechung der Schutz- und Vorbeugungshaft zum Zwecke der Strafverbüßung.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. u. des Reichsjustizministers vom 20. 9. 1944

— S III A 4 - 227/43 - und 4611 IV a⁴ 1546/44 —

An die Sich.Pol.

Die nachstehende Vereinbarung wurde aus kriegsbedingten Gründen zwecks Vermeidung von Arbeitsplatzwechsel, Häftlingstransporten und Verwaltungsarbeit getroffen. Die notwendigen Ausführungsbestimmungen ergehen gesondert. Entgegenstehende Vorschriften des RdErl. vom 12. 5. 1941 — II A 2 (neu) Nr. 178/41-176 — (BefBIS. S. 83) treten mit dem Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen außer Kraft.

(1) Der Reichsminister der Justiz wird in seinem Bereich Anweisung geben, daß die Strafvollstreckung gegen Verurteilte, die sich aus allgemeinen polizeilichen Gründen für längere Zeit in Schutz- oder Vorbeugungshaft befinden, ausgesetzt wird, es sei denn, daß im Einzelfall aus besonderen Gründen auf die sofortige Vollstreckung der Strafe nicht verzichtet werden kann. Soll der in Schutzhaft Befindliche entlassen werden, gibt die zuständige Polizeibehörde der Strafvollstreckungsbehörde rechtzeitig Nachricht.

(2) Der RF~~u~~ wird in seinem Bereich Anweisung geben, daß auf Ersuchen der höheren Vollzugsbehörde auf die Rücküberstellung eines Verurteilten, der nach Verbüßung seiner Strafe in polizeiliche Schutz- oder Vorbeugungshaft genommen werden würde, verzichtet und die in Aussicht genommene Schutz- oder Vorbeugungshaft im Bereich der Justizverwaltung nach deren Vollstreckungsgrundsätzen vollzogen wird. Die beabsichtigte Aufhebung der Schutz- oder Vorbeugungshaft wird der höheren Vollzugsbehörde mindestens 4 Wochen vorher mitgeteilt.

(3) Der Reichsminister der Justiz wird darauf hinwirken, daß im Rahmen der VO. vom 13. 12. 1944 (RGBl. I S. 339) Strafverfahren minderer Bedeutung gegen Beschuldigte, die aus allgemeinen polizeilichen Gründen für längere Zeit in Schutz- oder Vorbeugungshaft sitzen, nicht durchgeführt werden.

(4) Der Reichsminister der Justiz wird anordnen, daß Schutz- oder Vorbeugungshäftlinge als Zeugen nur vernommen werden, wenn die Vernehmung im Einzelfall unvermeidbar ist. Die Vernehmung wird in solchen Fällen nach Möglichkeit am Unterbringungsort des Häftlings erfolgen.

I. V.: Dr. Kaltenbrunner.

BefBIS. S. 8.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV:

Ausnahme vom Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. vom 14. 12. 1944

— S-IV A 5 b-B. Nr. 6466/44. —

An Sich.-Pol. u. SD.

Im Benehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda werden die zweimal

monatlich erscheinenden russischen illustrierten Zeitschriften

„Na Dossuge“ und „Doswillja“, Verlag: Fremdsprachenverlag, Plauen, ab sofort vom allgemeinen Verbot ausgenommen.

I. A.: Sanders.

BefBIS. S. 8.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes V:

Vereinfachung der Verwaltung; hier:

Einschränkung der polizeilichen Meldepflicht bei besuchsweisem Aufenthalt und Wegfall der Ausweisüberlassung bei Aufenthalt in Beherbergungsstätten.

RdErl. des RF~~u~~ChdDtPol. vom 9. 11. 1944

— S V A 4 Nr. 944/44 —

(Veröffentl. im MBliV. 1944 S. 1109)

An alle Pol.-Behörden.

(1) Durch VO. v. 30. 10. 1944 (RGBl. I S. 281), auf die verwiesen wird, sind folgende Veränderungen im Meldewesen eingetreten:

- a) Für besuchsweisen Aufenthalt bis zu 14 Tagen bei Eltern, Kindern, Geschwistern oder beim Ehegatten ist die polizeil. An- und Abmeldung nicht mehr erforderlich.
- b) Bei Aufenthalt in Beherbergungsstätten ist es nicht mehr erforderlich, die Ausweispapiere dem Wohnungsgeber für die Nacht nach der Ankunft zur Aufbewahrung zu überlassen.

Zu a): Bei Wohnungswechsel infolge Umquartierung oder Rückführung ist jedoch in jedem Falle weiterhin die polizeil. Anmeldung am Aufenthaltsort nach § 2 der Reichsmeldeordnung v. 6. 1. 1938¹⁾ (und bei Beendigung des Besuches die Abmeldung) notwendig, auch wenn es sich um vorübergehenden Aufenthalt bei Angehörigen handelt.

Zu b): Weggefallen ist nur die Pflicht zur Überlassung der Ausweise für die erste Nacht nach der Ankunft. Die Verpflichtung der Inhaber oder Leiter von Beherbergungsstätten oder der von ihnen mit der Ausübung der Meldepflicht Beauftragten, sich die Ausweise vorlegen zu lassen, den Inhalt der Ausweise mit den Personalangaben auf den Meldescheinen zu ver-

¹⁾ Vgl. RGBl. 1938 I S. 13.

gleichen und die Art der Ausweise (Bezeichnung und Nr., Datum der Ausstellung und ausstellende Behörde) auf dem Melde-schein zu vermerken, besteht in vollem Umfang weiter, weil sie aus sicherheits-polizeil. Gründen gerade jetzt von erhöhter Bedeutung ist.

(2) Die Fachgruppe Beherbergungsgewerbe wird die ihr angeschlossenen Betriebe hiervon unterrichten.

(3) Privatpersonen, die, ohne Inhaber oder Leiter einer Beherbergungsstätte zu sein, Fremden, Reisenden oder Erholungsuchenden kurzfristig entgeltlich oder unentgeltlich Unterkunft gewähren, sind, da sie den gleichen Verpflichtungen unterliegen, von den polizeil. Meldebehörden zu benachrichtigen. Dabei ist zu betonen, daß bei Verstößen empfindliche Strafen festgesetzt werden.

(4) Alle Dienststellen der Pol., die bei ihrer Tätigkeit laufend mit Beherbergungsbetrieben u. ä. in Berührung kommen (bei Hotelkontrollen usw.), werden ersucht, ständig mit darauf zu achten, daß die für den Aufenthalt in Beherbergungsstätten u. ä. ergangenen meldepolizeil. Sondervorschriften gewissenhaft befolgt werden.

Zu beachten: §§ 15 bis 19 der Reichsmeldeordnung und Art. 6 bis 8 der VO. über zusätzliche Bestimmungen zur Reichsmeldeordnung v. 6. 9. 1939 (RGBl. I S. 1688).

I. A.: Panzinger.

BefBIS. S. 8. Wird auch im RWeisBl. bekanntgegeben.

Fahndung nach flüchtigen Kriegsgefangenen.

RdErl. des RFuChdDtPol. vom 19. 12. 1944

— S - V - Nr. 1594/44 - C 1 b —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Auf Grund der Erfahrungen der Kriegsfahndung und zur Vereinfachung des Fahndungswesens wird Abschn. III meines RdErl. vom 3. 8. 1940 — S — V C 2 Nr. 1301/40 (BefBIS. S. 80) aufgehoben.

(2) An seine Stelle treten folgende Bestimmungen, durch die die bisher vorgeschriebene Aufnahme von Zehnfingerabdruckblättern bei Festnahmen, ferner die Übersendung von Vordrucken RKP 29 und die Aufnahme in das Deutsche Fahndungsbuch — soweit nicht auch jetzt die Ausschreibung in der Sonderausgabe zum DK-Blatt erfolgen muß — entfallen.

(3) Abschnitt III erhält folgende Fassung:

III.

Fahndung nach flüchtigen Kriegsgefangenen.

(1) Die Kriegsgefangenen sind in Durchgangslagern (Dulag), Mannschaftsstellagern (Stalag) oder Offizierslagern (Oflag) untergebracht oder werden in Arbeitskommandos außerhalb des Lagers beschäftigt. Jeder Kr.Gef. hat eine Erkennungsmarke, auf der Gefangenenummer und das Lager vermerkt sind. Kr.Gef. entledigen sich auf der Flucht oft ihrer Uniform und der Erkennungsmarke. Bei Festnahme ist damit zu rechnen, daß der Kr.Gef. seinen richtigen Namen nicht angeben wird und keine Angaben über das Lager, aus dem er entwichen ist, machen will oder kann.

(2) Für die Fahndung ist zu unterscheiden zwischen wichtigen und gewöhnlichen Fluchtfällen.

Wichtige Fälle, und als solche in den nachstehenden Bestimmungen bezeichnet, sind:

Fluchten von Offizieren und sonst bedeutsamen Kr.-Gef. (Prominenten); Massenfluchten (mehr als 7 Kr.Gef.).

A. Aufgaben der Wehrmacht.

1. Einleitung der Fahndung.

a) Bei Feststellung der Flucht eines Kr.Gef. erstattet der Führer des Kr.Gef.-Arbeitskommandos oder der Kommandant des Kr.Gef.-Lagers unverzüglich — in wichtigen Fällen durch Diensttelegramm oder fernmündlich — der nächsten Polizeidienststelle Meldung mit Angabe

des Vor- und Zunamens,

des Geburtsortes und -datums,

besonderer Merkmale des Entwichenen,

der Beschriftung und Nummer der Erkennungsmarke,

des Ortes, der Zeit und der erkannten oder vermuteten Richtung der Flucht.

b) In wichtigen Fällen übersendet das Kr.Gef.-Lager der Pol.Dienststelle sofort ein Lichtbild des Flüchtlings. Bei Flucht aus dem Kr.Gef.-Lager (Stalag bzw. Oflag) erfolgt diese Übersendung gleichzeitig mit der Meldung zu a) oder wird alsbald nachgereicht.

2. Erledigung der Fahndung.

a) Bei Festnahme eines Kr.Gef. durch eine Pol.-Dienststelle veranlaßt die von dieser benachrichtigte Wehrmachtstelle, daß der Festgenommene bei der Pol.Dienststelle abgeholt wird. Die Übernahme des Kr.Gef. wird der Pol.Dienststelle bescheinigt und dabei sein Verbleib mitgeteilt.

b) Wird ein Kr.Gef. ohne Beteiligung der Polizei ergriffen, so ist, wenn die Polizei nachweislich noch keine Meldung über sein Entweichen erhalten hat, Zweifel an der Person nicht bestehen und eine Mitwirkung der Polizei bei der Aufklärung des Fluchtfalles nicht erforderlich erscheint, eine Verständigung der Polizei nicht erforderlich; andernfalls wird die nächste Pol.Dienststelle von der Ergreifung benachrichtigt.

B. Aufgaben der Polizei.

1. Allgemeines.

Die Fahndung nach flüchtigen Kr.Gef. ist Aufgabe der Krim.Pol. und der polizeilichen Dienststellen, die kriminalpolizeiliche Aufgaben erfüllen.

2. Durchführung der Fahndung.

a) Aufgaben der Ortspolizeibehörden und Gendarmerie.

aa) Die Ortspolizeibehörde (Gendarmerie), der das Entweichen eines Kr.Gef. gemeldet wird, hat den ersten Angriff zur Ergreifung des Flüchtlings durch örtliche Fahndung vorzunehmen. In wichtigen Fällen ist gleichzeitig auf schnellstem Wege die zuständige KP(L)-Stelle (KdS. — Abt. V —) zu verständigen.

bb) Gelingt hierbei die Festnahme des Flüchtlings nicht, so ist unverzüglich an die zuständige KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) über die Flucht des Kr.Gef. Meldung zu erstatten, die die Angaben nach Abschnitt A 1 a zu enthalten hat. Ein von dem Stalag oder Oflag übersandtes Lichtbild des Flüchtlings ist der Meldung an die KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) beizufügen bzw. nachzureichen.

- cc) Die örtliche Fahndung ist auch nach Erstattung der Meldung zu bb) fortzusetzen.
- b) Aufgaben der Krim.Pol.(Leit)Stellen (Abt. V der KdS.).
- aa) Die KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) fertigt nach Muster — wie Anl. — mit Maschinenschrift 2 Karten im Format der Fahndungskarteikarte aus und übersendet die zweite unverzüglich dem RKPA. — Zentrale Fahndungskartei —. Hierfür können erledigte Fahndungskarten, deren Vorderseite deutlich durchstrichen werden muß, verwendet werden.
- bb) In wichtigen Fällen meldet die KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) den Fluchtfall mit den Angaben nach Abschnitt A 1a durch Fernschreiben unter gleichzeitiger Übersendung bzw. Nachreichung des Lichtbildes an das RKPA. — Kriegsfahndungszentrale —.
- c) Aufgaben des Reichskriminalpolizeiamtes.
- aa) Die nach Abschn. B 2b (aa) übersandten Karten werden in die Zentrale Fahndungskartei eingereiht.
- bb) In wichtigen Fällen erfolgt Ausschreibung in der Sonderausgabe zum DtKPBl. und im Deutschen Fahndungsbuch (KP-Ausschreibung) sowie Belieferung der Fahndungskarteien mit gedruckten Fahndungskarten.
- d) Fahndungsdauer.
- Die Gültigkeitsdauer der Fahndungskarten ist auf 6 Monate (jeweils zum Monatsende) zu befristen (vgl. Anl.).

3. Maßnahmen bei Festnahme durch die Polizei.

- a) Maßnahmen der festnehmenden Pol.Dienststelle.
- aa) Der Festgenommene ist bis zur Abholung in sichere Verwahrung zu nehmen.
- bb) Besteht gegen den Festgenommenen Verdacht, daß er seit seiner Flucht Straftaten verübt hat (hierfür spricht besonders der Besitz von Zivilkleidung, Geld, Lebensmitteln, waffenähnlichen Werkzeugen usw.), so sind in dieser Richtung Ermittlungen anzustellen und der Verdacht sowie das Ermittlungsergebnis in den Meldungen an die KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) und die zuständige Wehrmachtstelle zum Ausdruck zu bringen.
- cc) Über die Festnahme ist Meldung an die zuständige KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) zu erstatten; in wichtigen Fällen durch Fernsprecher oder Fernschreiber.
- dd) Gleichzeitig ist — sofern nicht nach dem Erl. des ChdSPudSD. vom 2. 3. 1944 — IV D 5 d — oder den auf der Tagung in Dresden am 6. 4. 1944 den Fahndungsleitern der KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) gegebenen Richtlinien verfahren werden muß — Nachricht an die nächste Wehrmachtdienststelle zu geben.
- ee) Bei Abholung wird der festnehmenden Stelle die Übernahme des Kr.Gef. bescheinigt und sein Verbleib mitgeteilt. In wichtigen Fällen ist der Verbleib des Kr.Gef. der KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) nachzumelden.
- b) Maßnahmen der Krim.Pol.(Leit)Stellen (Abt. V der KdS.).
- aa) Die von der festnehmenden Dienststelle eingehende Mitteilung ist mit der Fahndungskartei zu vergleichen. Eine etwa vorhandene Fahndungskarte ist zu entnehmen.

- bb) Über die Festnahme des Kr.Gef. ist unverzüglich Meldung an das RKPA. — Kriegsfahndungszentrale — zu erstatten, und zwar: wenn keine Fahndungskarte einliegt und es sich nicht um einen wichtigen Fall handelt, schriftlich an die Zentrale Fahndungskartei; wenn eine mit Maschinenschrift gefertigte Fahndungskarte einliegt, ist diese mit auffälligem und deutlichem, Irrtümer (vgl. B 2b, aa) ausschließenden Erledigungsvermerk (Tag, Ort, Dienststelle angeben!) an die Zentrale Fahndungskartei einzusenden; wenn eine gedruckte Fahndungskarte vorliegt oder es sich sonst um einen wichtigen Fall handelt, durch Fernschreiben an RKPA. — Kriegsfahndungszentrale —.
- cc) Bei Eingang einer Erledigungsmitteilung durch das RKPA. ist die Fahndungskarte aus der Fahndungskartei zu entnehmen.
- dd) Der Ortspolizeibehörde (Gendarmerie), die den ersten Angriff durchgeführt hat, ist von der Erledigung Kenntnis zu geben.
- c) Maßnahmen des Reichskriminalpolizeiamtes.
- aa) In wichtigen Fällen gibt die Kriegsfahndungszentrale die Erledigung in der Sonderausgabe zum DtKPBl. bekannt, auf Grund deren Löschung im Deutschen Fahndungsbuch erfolgt.
- bb) In allen anderen Fällen werden die maschinenschriftlich gefertigten Fahndungskarten aus der Zentralen Fahndungskartei entnommen. Die Erledigung ist, falls die Festnahme von einer anderen Stelle gemeldet wird, derjenigen KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) mitzuteilen, die die Fahndung eingeleitet hatte.

4. Maßnahmen bei anderweitiger Erledigung.

- a) Bei Selbstgestellung oder Festnahme des Kr.Gef. ohne Beteiligung der Polizei.
- aa) Die Pol.Dienststelle, die gem. Abschn. A 2b) bb) die Meldung über Festnahme eines flüchtigen Kr.Gef. von einem Kr.Gef.-Lager erhält, gibt die Meldung an die KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) weiter.
- bb) Die KP(L)Stelle (KdS. — Abt. V —) und das RKPA. verfahren sinngemäß nach Abschnitt B 3b und c.
- b) Bei Auffindung eines toten Kr.Gef. wird wie bei sonstigen Leichensachen im Benehmen mit der nächsterreichbaren oder zuständigen Wehrmachtstelle verfahren.
- (4) Dieser Erl. ist zur Weitergabe an die Ortspolizeibehörden und Gendarmerien durch Abdruck in den kriminalpolizeilichen Meldeblättern bestimmt.
- (5) Die Inspektoren (Befehlshaber) der Sich.Pol. u. des SD unterrichten die zuständigen Höheren // und Polizeiführer und Befehlshaber der Ordnungspolizei von diesem Erlaß.

Der Erlaß ergeht durch Abdruck an:
 das Hauptamt Ordnungspolizei,
 Befehlshaber des Ersatzheeres/Chef des Kriegsgefangenenwesens,
 OKW/Inspekteur des Kriegsgefangenenwesens,
 OKW/Chef des Wehrmachtstreifendienstes,
 OKW/Amt Truppen-Abwehr.

I. V.: Panzinger.

BefBIS. S. 9.

Anlage:

Muster einer Fahndungskarte.

15. 9. 44

31. 3. 45

Leblanc

Renè

15. 10. 10 Paris

Kriegsgef. franz. Uff.

Flüchtig

14. 9. 44 — Stalag III D (Ort)

Erk.Marke

KPLSt. Berlin — Kl. F

Aktz.

VerschiedenesBerichtigung zum Dienststellenverzeichnis
der Sich.Pol. u. des SD.

(Zum RdErl. vom 14.5.1943 — II A 1 Nr. 900/42-151 —)

Es sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

Abschnitt IV a (Ausgabe Juni 1944)

KdS. Breslau. Bei der ASt. Görlitz ist die Stapo mit allen Angaben zu streichen. Außerdem ist das Wort „Kripo“ zu streichen, hinter Rathausstr. 1 ist zu setzen: (Rathaus), hinter Anruf: 6111 ist anzufügen: FS. — Schweidnitz ist aus der Spalte ASt. herauszunehmen und mit allen Angaben hinter Sagan in die Spalte Zugeh. Außenposten einzutragen. — Ferner ist als AP hinter Bunzlau einzutragen: Frankenstein, Rathaus, Anruf: 441/442. — Beim AP. Grünberg, Obertorstr. 5, ändern in Obertorstr. 4. — Beim AP. Oels, Ring 1, ändern in Ring 15. — Beim AP. Sagan, Sorauer Str. 17, ändern in Klosterhof 8. — Bei den AP. Ohlau, Reichenbach, Strehlen u. Striegau das Wort „Rathaus“ in Klammern setzen und davor einfügen: Ring.

KdS. Danzig. Bei der ASt. Dirschau ist die Kripo mit allen Angaben und das Wort „Stapo“ zu streichen. Hinter Anruf: 1351 ist anzufügen: (Abt. V: 1358).

Abschnitt V (Ausgabe Juni 1944)

Seite 21 (StL. Magdeburg). Streichen: AEZ. Magdeburg mit allen Angaben.

Seite 30 (StL. Stuttgart). Bei der ADSt. Heilbronn Anschrift u. Anruf streichen; dafür setzen: in Oehringen, Krs. Oehringen (Schloß).

Abschnitt V (Anhang).

StL. Berlin. Beim Leiter //O'Stubaf. ORR. ändern in: //Standartenführer Regierungsdirektor.

Abschnitt VI (Ausgabe Juni 1944).

Seite 2 (KPSt. Augsburg). Beim Leiter streichen: Kriminalrat Dobiak; dafür setzen: //Hauptsturmführer Kriminalrat Dr. Funck.

Seite 7 (KPSt. Darmstadt). Streichen: Hügelstr. 31 bis 33; dafür setzen: Landgraf-Georg-Str. 9 (Rundeturmschule).

Seite 9 (KPSt. Dortmund). Beim AP. Siegen, Pfarrstr. 2, ändern in: St.-Johann-Str. (Oberlyceum).

Seite 18 (KPLSt. Hamburg). Der über Elmshorn zugetragene AP. Bad Oldesloe ist mit allen Angaben zu streichen.

Abschnitt VII (Ausgabe Juni 1944).

Seite 11 (SD-LA. Düsseldorf). Die Anschrift der SD-HAST. Duisburg ändern in: in Duisburg-Ruhrort, Ruhrorter Str. (Finanzamt, Z. 26). — Die Anschrift der SD-HAST. Essen ändern in: in Essen-Rellinghausen, Goldfinkstr. 11. — Die Anschrift der SD-ASt. Oberhausen ändern in: Schillerstraße 13. — Die Anschrift der SD-ASt. Solingen ändern in: Saarstr. 30 b. Ring.

Seite 22 (SD-A. Köln). Bei der SD-ASt. Düren Anschrift und Anrufnummer streichen; dafür setzen: in Nörvenich über Düren, Burg.

Seite 32 (SD-LA. Reichenberg). Beim SD-LA. hinter Anrufnummer 3334 hinzufügen: 4885/86. — Bei der SD-HAST. Karlsbad, Eduard-Knoll-Str. 11, ändern in: Obere Schillerstr. 14. Beim Leiter streichen: //Bewerber Glaas; dafür setzen: //Untersturmführer Reulens. — Bei der SD-HAST. Troppau Anruf 826 ändern in: 2413. — Bei der SD-ASt. Böhm.-Leipa streichen: Adalbert-Stifter-Str. 789 u. Anruf 62; dafür setzen: Sonnengasse 231 (Z. 10) u. Anruf 133. — Bei der SD-ASt. Gablonz streichen: Reichenberger Str. 150 u. Anruf 2437; dafür setzen: Straße der SA 17, Anruf: 2537 (nachts 3670). — Bei der ASt. Graslitz hinter Anruf: 11 hinzufügen: (von 19.00—6.00 Uhr, Anruf: 266). — Bei der SD-ASt. Mähr. Schönberg streichen: Hermann-Göring-Platz 4; dafür setzen: Dominikanergasse 1. — Bei der SD-ASt. Marienbad streichen: Lüderitzstr. 169/II; dafür setzen: Adolf-Hitler-Str. 440. — Bei der SD-ASt. Reichenberg / Friedland streichen: Franz-Tilk-Str. 13 u. Anruf: 4170; dafür setzen: Gablonzer Str. 22, Anruf: 5022. — Bei der SD-ASt. Saaz streichen: Hans-Knirsch-Str. 2 u. Anruf 167; dafür setzen: Adolf-Hitler-Platz 58, Anruf: 348. — Bei der SD-ASt. Teplitz-Schönau Anruf 3677 ändern in: 3368. Die SD-ASt. Tetschen mit allen Angaben streichen. Dafür setzen: Tetschen-Bodenbach in Bodenbach, Am Graben 10/1 b. Worm. Anruf: 2920 (nachts: 4735). — Die SD-ASt. Freiwalldau, Freudenthal, Hohenelbe, Karlsbad, Komotau u. Neutitschein sind mit allen Angaben zu streichen.

Seite 38 (SD-A. Weimar). Bei der SD-ASt. Meiningen Anruf 2205 ändern in: 2646. — Bei der SD-ASt. Weimar, Meyerstr. 50, ändern in: Kurthstraße 11 (Ärztehaus).

Abschnitt IX (Ausgabe Juni 1944).

Seite 2. Beim H//uPF. Ostland streichen: in Riga; dafür die Anmerkungsziffer 1) setzen. An den Fuß der Seite ist zu setzen: 1) Standort veränderlich.

Seite 3. Die H//uPF. für Frankreich, für Belgien u. Nordfrankreich u. der Beauftr. des RF// in Albanien sind mit allen Angaben zu streichen. — Beim Beauftr. des RF// in Kroatien streichen: in Agram, Kulina Bana 8/12; dafür setzen: in Esseg.

BefBIS. 1945 S. 11.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Reg.Rat: die //Sturmchefführer Reg.-Ass. Reichert u. Callsen (z. Z. Führer des SDA Lüneburg);

zum Amtsrat: Pol.Rat Starbatty;

zum Krim.Dir.: //Sturmchefführer Krim.Rat Häusler;

zum Reg.Amt.: //Hauptsturmführer Reg.Ob.Insp. Pfeiler.

zum Krim.Rat: die //Hauptsturmführer Krim.Komm. Eisenschmid u. Wenger;

zum Krim.Komm.: //Hauptscharführer Krim.Komm. a. Pr. Walch;

Versetzt: //Sturmchefführer Reg.Rat Reipert zur Stapoleitst. Dresden;

//Hauptsturmführer Krim.Rat Kunze zur Stapoleitst. Berlin;

//Obersturmführer Krim.Komm. Gay zur Stapost. Frankfurt/M., //Untersturmführer Krim.Komm.

Radam zur Kripoleitst. Berlin, //Hauptscharführer Krim.Komm. Zerle zur Stapost. Augsburg.

Übernommen von der allgem. u. inneren Verwaltung in den Dienst der Sich.Pol.: Reg.Rat Rudolf Hahn (abgeordnet zur EWZ. Litzmannstadt).

Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Krim.Komm.: Krim.Komm. a. Pr. Böge (BdS. Straßburg).

Versetzt: //Hauptscharführer Krim.Komm. Lütje (BdS. Metz) zur Stapost. Kiel.

Kommandeure der Sich.Pol.

Ernannt zum Krim.Dir.: //Sturmchefführer Krim.Rat Behrmann (KdS. Danzig);

zum Krim.Rat: die //Hauptsturmführer Krim.Komm. Volkmann u. Reichenbach (KdS. Danzig), Bohrmann (KdS. Posen), Dankert

(KdS. Breslau), Rudischer (KdS. Wien), //Hauptsturmführer Pol.Ob.Insp. Anderle (KdS. Wien), //Hauptsturmführer Krim.Komm. Wies-

mann (KdS. Prag), //Obersturmführer Krim.Komm. Thomas (KdS. Breslau);

zum Krim.Komm.: //Hauptscharführer Krim.Komm. a. Pr. Liedtke (KdS. Danzig), Krim-

Insp. Fleischer (KdS. Prag).

Versetzt: //Obersturmführer Krim.Komm. Fehrmann (KdS. Reichenberg) zum Reichssicherheitshauptamt.

Abgeordnet: //Sturmchefführer Krim.Dir. Dr. Faber (KdS. Baden-Elsaß) — zur Stapost. Bremen — Adst. Osnabrück — u. mit der Leitung dieser Adst. beauftragt.

Staatspolizei(leit)stellen.

Eingesetzt als Verbindungsführer beim „Europa-Institut“ in Dresden: //Obersturmchefführer Ob-

Reg.Rat Dr. Großkopf, bisher Leiter der Stapost. Graz;

als komm. Leiter der Stapoleitst. Düsseldorf: //Obersturmchefführer Ob.Reg.Rat Kolitz,

bisher Leiter der Stapost. Halle/S.

Beauftragt mit der Leitung der Stapost. Graz:

//Sturmchefführer Ob.Reg.Rat Stüber, bisher Leiter der ehem. Stapost. Oppeln;

Stapost. Halle: //Obersturmchefführer Ob.Reg.Rat Dr. Bauer, bisher abgeordnet zum BdS. Ungarn;

Stapost. Köln: //Obersturmchefführer Ob.Reg.Rat Dr. Kulzer, bisher Leiter der ehem. Stapost.

Saarbrücken.

Ernannt zum Krim.Dir.: //Sturmchefführer Krim.Rat Schreieder (Innsbruck);

zum Krim.Rat: die //Hauptsturmführer Krim.Komm. Karl Schütz (Koblenz), Thomsen

u. Harders (Bremen), Staude (Halle), Macht (Nürnberg), Bouillon (Düsseldorf),

Aust (Kassel), Paschleben (Lüneburg);

zum Krim.Komm.: Krim.Komm. a. Pr. Nagler

(Graz).

Versetzt: //Sturmchefführer Krim.Rat Hilliges (Innsbruck) zum Reichssicherheitshauptamt;

//Hauptsturmführer Krim.Komm. Hildemann (Halle) zum KdS. Danzig, //Obersturmführer

Krim.Komm. Reschke (Krim.Pol. Berlin) zur Sich.Pol.-Schule Fürstenberg, //Hauptscharführer

Krim.Komm. Wittig (Münster) nach Dresden.

Abgeordnet: Krim.Dir. Dirks (Münster) nach Braunschweig.

SD.

Versetzt: die //Untersturmführer Rudolf Bergelt zum SD-LA Königsberg, Curt Großmann zur SD-Ast. Göttingen.

Kommandiert: die //Hauptsturmführer Richard Englmaier, Rudolf Schwietering u. Eberhard Stanke zum Reichssicherheitshauptamt, Rudolf Frey zum SD-A Köln, Werner Jost zum SD-LA Reichenberg;

die //Obersturmführer Oskar Preiß zum Reichssicherheitshauptamt, Walter Grulke zum SD-A Zichenau, Hilmar Flender zum SD-A Augsburg, Willi Bauer zum SD-LA Stuttgart u. Otto Seeburg zum SD-A Halle;

die //Untersturmführer Dr. Wilhelm Bäßler, Walter Hanisch u. Helmut Wollatz zum Reichssicherheitshauptamt, Otto Kraatz zum SD-A Schwerin u. Werner Dietrich zur SD-HAST. Jena.

Beauftragt: die //Hauptsturmführer Max Drexel mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Abschnittsführers in Bayreuth, Kurt Stiller mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des III B-Referenten im SD-LA Düsseldorf;

//Obersturmführer Erhard Matzner mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des III C-Referenten im SD-LA Stuttgart;

die //Untersturmführer Erhard Büttner mit der vorläufigen Leitung der SD-Ast. Merseburg u.

Richard Weimershaus mit der Leitung der SD-Ast. Sonneberg.

Ernannt: //Hauptsturmführer Fritz Keune zum Leiter der SD-Ast. Schwerin.

BefBIS. 1945 S. 12.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IOrg), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 2

Berlin, den 13. Januar 1945

6. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Ritterkreuzträger SS-Sturmabführer **Johann Waldmüller**, beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Hamburg, im September 1944

Dr. Otto Kreppel, SS-Hauptsturmführer, SD-Leitabschnitt München, im Februar 1944

Robert van Deenen, SS-Bewerber, SD-Leitabschnitt Düsseldorf, im Juli 1944

Erwin Lietzau, SS-Hauptscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im August 1944

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Julius Schultz, Hilfspolizeibeamter bei einer Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei und des SD, im April 1944

Johann Wellendorf, SS-Scharführer, Kriminaloberassistent, Staatspolizeileitstelle Hamburg, im August 1944

Hans Hirsch, SS-Hauptscharführer, Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle Klagenfurt, im August 1944

Arnold Lütke, Staffel-Unterscharführer a. K., Staatspolizeistelle Schwerin, im August 1944

Theodor Antosiewitsch, SS-Unterscharführer, Staatspolizeistelle Klagenfurt, im August 1944

Adolf Knöbel, SS-Rottenführer, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, im September 1944

Dr. Hans Oehme, SS-Sturmabführer, Kriminalrat, Staatspolizeileitstelle Dresden, im August 1944

Erwin Lück, Kriminalangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Radom, im September 1944

Josef Lobert, Staffel-Rottenführer a. K., Staatspolizeileitstelle Berlin, im August 1944

Erich Winkler, Staffel-Unterscharführer a. K., Staatspolizeileitstelle Berlin, im August 1944

Franz Ludwig, SS-Bewerber, Kriminalsekretär beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in Reichenberg, HAST. Troppau, im Oktober 1944

Stefan Batke, SS-Schütze, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, im August 1944

Georg Beige, Staffel-Unterscharführer a. K. beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in Breslau, im Oktober 1944

bei feindlichen Terrorangriffen auf das Reichsgebiet:

Karl Wenzelburger, //Unterscharführer, a. pl. Kriminalassistent, Staatspolizeileitstelle Stuttgart, im September 1944

Ernst Cebulla, Geschäftszimmerangestellter, Staatspolizeileitstelle Stuttgart, im September 1944

Adolf Moll, Staffel-Scharführer a. K., Staatspolizeileitstelle Berlin, im Oktober 1944

Hermann Neuhaus, Kriminalsekretär, Staatspolizeileitstelle Hamburg, im November 1944

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

//Obergruppenführer und General der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I: RdErl. 20. 12. 1944 Veränderungsmeldungen zum kolonialen Einsatz. S. 14. — RdErl. 22. 12. 1944 Anerkennung. S. 14. — RdErl. 29. 12. 1944 Einstellung, Beförderung und Entlassung von Kriminalbeamtinnen. S. 14. — RdErl. 2. 1. 1945 Aufenthaltsermittlung nach Angehörigen des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD Frankreich. S. 15.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II: RdErl. 24. 11. 1944 Jahrespauschbeträge für die Freifahrt der Pol.-Vollzugsbeamten. S. 16. — RdErl. 12. 12.

1944 Verpflegung von Transportbegleitkommandos. S. 17. — RdErl. 15. 12. 1944 Sparmaßnahmen im Kraftfahrwesen. S. 17. — RdErl. 29. 12. 1944 Verpflegungszulagen für tuberkulöse Angehörige der Sich.Pol. S. 18.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV: RdErl. 29. 12. 1944 Arbeitseinsatz von Justizhäftlingen. S. 18.

Verschiedenes. Berichtigung zum Dienststellenverzeichnis der Sich.Pol. u. des SD. S. 19.

Personalmitteilungen. S. 19.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I:

Veränderungsmeldungen zum kolonialen Einsatz.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamts vom 20. 12. 1944 — I B 3 c —

An Sich.Pol. u. SD.

Die gemäß Ziff. 2 des RdErl. des ChdSPudSD. vom 9. 12. 1940 — I B 1 Nr. 886 III/40-151-Kol. (BefBIS. S. 168) geforderten Veränderungsmeldungen zu den Bewerbungen von Beamten und Angestellten der Sich.Pol. u. des SD um ihre Verwendung in den Kolonien sind ab sofort bis auf weiteres nicht mehr vorzulegen.

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 14.

Anerkennung.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 22. 12. 1944 — I A 1 a (2) Nr. 20 697/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Ich habe dem Kriminalinspektor August Ermler, Kriminalpolizeileitstelle Berlin, ein Anerkennungs-schreiben für tatkräftiges Verhalten und bewiesene Einsatzbereitschaft erteilt.

Dr. Kaltenbrunner.

BefBIS. S. 14.

Einstellung, Beförderung und Entlassung von Kriminalbeamtinnen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 29. 12. 1944 — S I A 3 (a) Nr. 2900/44 —

An die Krim.Pol.

Bei der Einstellung, Beförderung und Entlassung von Kriminalbeamtinnen haben sich infolge der verschiedenartigen Behandlung durch die örtlichen Dienststellenleiter Unzulänglichkeiten im Hinblick auf die besonderen Laufbahnrichtlinien der Weiblichen Kriminalpolizei herausgestellt.

Zur Abstellung ordne ich daher an:

(1) Gesuche um Einstellung in die WKP. sind mir zur Entscheidung vorzulegen. Die Bearbeitung der Einstellungsgesuche erfolgt bei V A 3, anschließend bei I A 3:

(2) Unabhängig von den Bestimmungen des RdErl. vom 27. 10. 1943 — Pol. S I A 1 a Nr. 516/43 (1) (BefBIS. S. 329) — ist bis auf weiteres meine Genehmigung einzuholen bei:

- Beförderung von KOA(innen) zu KS(innen),
- Entlassung von Kriminalbeamtinnen, Kriminalbeamtinnen im Vorbereitungsdienst und Angestellten, die für den Nachwuchs der WKP. vorgesehen sind.

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 14.

Aufenthaltsermittlung nach Angehörigen des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD Frankreich.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamts vom 2. 1. 1945
— I A 1 d (3) Nr. 5666/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Bei der Überprüfung des Personals der aus dem besetzten Frankreich zurückgeführten Dienststellen hat sich herausgestellt, daß über den Verbleib der Kräfte, die in der nachfolgenden Nachweisung namentlich aufgeführt sind, jegliche Unterlagen fehlen. Es besteht die Möglichkeit, daß ein Teil dieser Kräfte

zu den Heimatdienststellen zurückgekehrt ist und diese Dienststellen die vorgeschriebene Meldung über die Rückkehr unterlassen haben. Es muß aber auch damit gerechnet werden, daß ein Teil der aufgeführten Männer gefallen, in Gefangenschaft geraten oder auf neutrales Gebiet übergetreten und dort interniert worden ist. Die nachgeordneten Dienststellen, insbesondere die in Frage kommenden Heimatdienststellen, werden ersucht, über den Verbleib der Männer sofort Nachforschungen einzuleiten und über das Ergebnis laufend, spätestens aber bis zum 15. 2. 1945, hierher zu berichten. Fehlanzeigen sind nicht erforderlich.

Lfd. Nr.	Name		H-Dienstgrad	Pol. Dienstgrad	Heimatdienststelle
	Zuname	Vorname			
1	Albrecht	Herbert	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Berlin
2	Andres	Anton	St.U'Scharf.	NDVoB.	St. Darmstadt
3	Arnold	Walter	St.H'Scharf.	NDVoB.	Stl. München
4	Bongers	Adolf	—	apl. KA. — Funker —	Stl. Düsseldorf
5	Burkhardt	Ernst	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Düsseldorf
6	Flügel	Albert	St.Rttf.	NDVoB.	Stl. Karlsruhe
7	Franz	Hermann	St.U'Scharf.	NDVoB.	St. Kassel
8	Füsser	Kurt	—	GZA.	St. Saarbrücken
9	Gagel	Karl	H-O'Scharf.	GZA.	St. Darmstadt
10	Görlich	Josef	H-Rttf.	KdW-H	St. Klagenfurt
11	Grünwald	Jakob	H-Sturmscharf.	KS.	KdS Posen (Kripo)
12	Gümbel	Karl	H-U'Scharf.	Krim.Ang. (A)	KdS Reichenberg
13	Hahn	Heinrich	H-H'Scharf.	Funker	St. Darmstadt
14	Hasemann	Hermann	H-O'Scharf.	Krim.Ang. (A)	St. Bremen
15	Heß	Emil	St.Scharf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
16	Hiddessen	Heinrich	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Hannover
17	Höft	Hans	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Magdeburg
18	Jost	Eugen	H-U'Scharf.	Krim.Ang.	BdS Südwest (Straßburg)
19	Kirbach	Ernst	—	KS.	Stl. Berlin
20	Klahr	Erwin	H-H'Scharf.	KOA.	Krl. Hamburg
21	Knöbl	Franz	H-Mann	KdW-H	Stabskompanie d. RSHA.
22	Koch	Adolf	H-H'Scharf.	KS.	Kr. Karlsruhe/Heidelberg
23	Kranzin	Alfred	H-U'Stuf.	KS.	RKPA-Berlin — V —
24	Kreuz	Ludwig	H-H'Scharf.	NDVoB.	St. Saarbrücken
25	Krieg	Albert	—	Krim.Ass.	Krl. Wien
26	Lidolf	Hermann	—	Krim.Ang. (A)	BdS Südwest (Straßburg)
27	Makosch	Hermann	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
28	Mauk	Hermann	St.H'Scharf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
29	Meindl	Otto	H-U'Stuf.	KS.	Krl. Karlsruhe Ad. Pforzheim
30	Müller	Robert	St.O'Scharf.	NDVoB.	Stl. Magdeburg
31	Ochs	Friedrich	St.H'Scharf.	NDVoB.	Stl. Karlsruhe
32	Öttl	Josef	St.H'Scharf.	NDVoB.	Stl. München
33	Opitz	Otto	H-O'Scharf.	Funker	RSHA. — II C 1 —
34	Pitsch	Emil	H-Mann	KdW-H	Stabskompanie d. RSHA.
35	Prause	Willi	St.Rttf.	NDVoB.	BdS Breslau
36	Radatt	Albert	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Karlsruhe
37	Raschik	Herbert	H-H'Stuf.	Krim.Rat	St. Darmstadt
38	Rebmann	Heinrich	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
39	Rechkemmer	Erwin	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
40	Rössl	Otto	H-H'Scharf.	Krim.Ass.	Stl. Wien
41	Roschker	Emil	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
42	Rüdiger	Paul	H-O'Stuf.	NDVoB.	St. Leipzig
43	Schmid	Friedrich	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
44	Schnizler	Karl	St.Rttf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
45	Schrader	Karl	St.U'Scharf.	Krim.Ang. (A)	Stl. Hannover
46	Schultz	Erich	St.O'Scharf.	NDVoB.	Stl. Hannover
47	Schwarz	Ludwig	St.U'Scharf.	NDVoB.	St. Saarbrücken
48	Speck	Adolf	H-Sturmscharf.	KOA.	Kr. Heidelberg
49	Stotz	Felix	H-H'Scharf.	KS.	Stl. Stuttgart
50	Thomas	Adam	St.O'Scharf.	KOA.	St. Saarbrücken
51	Trettin	Max	St.Rttf.	NDVoB.	Stl. Berlin
52	Ulrich	Kurt	H-H'Scharf.	Krim.Ang. (K)	BdS Breslau
53	Vetter	Xaver	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Stuttgart
54	Wagner	Gerhard	H-Sturmmann	Krim.Ang. (A)	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
55	Wiesberg	Johann	St.Rttf.	NDVoB.	Stl. Düsseldorf
56	Wolff	Paul	St.O'Scharf.	GZA. — Dolm. —	BdS Südwest (früher Straßburg)
57	Zix	Otto	St.U'Scharf.	NDVoB.	Stl. Karlsruhe
58	Behr	Edith	—	H-Helferin	Chef Fernmeldewesen
59	Beidl	Irmgard	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
60	Belle	Hilde	—	GZA.	Stl. Karlsruhe
61	Billian	Alice	—	GZA. — Stenot. —	BdS Südwest (früher Straßburg)
62	Bläser	Eleonore	—	Stud.	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)

Lfd. Nr.	N a m e		//-Dienstgrad	Pol. Dienstgrad	Heimatsdienststelle
	Zuname	Vorname			
63	Braun	Inge	—	Stud.	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
64	Buschenhofen geb. Kien	Amanda	—	GZA. — Dolm. —	St. Saarbrücken
65	Damm	Gertraud	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
66	Dotzenroth	Hedwig	—	Stud.	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
67	Engel	Martha	—	Stenot.	Stl. Karlsruhe
68	Fischer	Maria	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
69	Fuhrmann	Maria	—	GZA.	St. Saarbrücken
70	Geyer	Lucie	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
71	Glatz	Gabriele	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
72	Göckel	Luitgart	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
73	Haug	Erika	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
74	Hohn	Ilse	—	GZA.	Stl. Prag
75	Horn	Liselotte	—	GZA. — Stud. —	BdS Metz
76	Hunscheidt	Lore	—	GZA.	RSHA. — Amt VI —
77	Jaschke	Julie	—	Fernschreiberin	Stl. Brunn
78	Kien	Ida	—	GZA. — Telef. —	St. Saarbrücken
79	Klaßke	Ilseruth	—	GZA.	RSHA. — IV —
80	Krenn	Inge	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
81	Kupp	Maria	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
82	Lauer geb. Mangin	Annemarie	—	GZA. — Dolm. —	Stl. München
83	Leix	Maria	—	GZA. — Sprachmittlerin —	Stl. München
84	Margreiter	Gertrud	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
85	Müller I	Gertrud	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
86	Müller	Irmgard	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
87	Müller	Sigrid	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
88	Münchow	Ingeburg	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
89	Nothwang	Heidi	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
90	Orschiedt	Lieselotte	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
91	Paulsen	Hanna	—	GZA. — Stenot. —	Stl. Berlin
92	Rauthe	Maiburg	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
93	Richter	Ursula	—	GZA.	RSHA.
94	Roos	Emilie	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
95	Schlag	Ruth	—	GZA. — Stenot. —	Stl. Dresden
96	Schmidt	Jutta	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
97	Schraml	Karin	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
98	Schroeder	Hedwig	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
99	Tesch	Annemarie	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)
100	Wagner	Beatrix	—	GZA. — Stud. —	BdS Rhein-Westmark (früher BdS Metz)

I. A.: Wanninger.

BefBIS. S. 16.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II:

Jahrespauschbeträge für die Freifahrt der Pol.-Vollzugsbeamten.

RdErl. des RF//uChdDtPol. vom 24. 11. 1944
— O-W II (b) 4364 a/52 u. S-II A 2 Nr. 5197/44-297-8 —

An die staatl. Pol.-Behörden.

(1) Nach § 2 des Gesetzes v. 11. 5. 1937 (RGBl. I S. 577) kann der Jahrespauschbetrag, der den öffentlichen Verkehrsunternehmen für die Beförderung der im unmittelbaren Reichsdienst stehenden Pol.-Vollzugsbeamten zu zahlen ist, erhöht oder herabgesetzt werden, wenn die Durchschnittsstärke gegenüber dem Rechnungsjahr 1937 sich um mehr als 10 v.H. geändert hat. Da die jeweilige Kopfstärke der Polizei nicht bekanntgegeben werden kann, sind die Verkehrsunternehmen nicht in der Lage, begründete Anträge zu stellen. Die Pol.-Dienststellen müssen daher von sich aus die Änderung des Jahrespauschbetrages veranlassen.

(2) Zur Verwaltungsvereinfachung ermächtige ich die zahlenden Pol.-Behörden, die Jahrespauschbeträge selbständig zu ändern. Es ist dabei selbst-

verständlich, daß Änderungen, die nur um ein geringes über 10 v.H. liegen, nicht berücksichtigt werden; die Erhöhung muß vielmehr auch für das Verkehrsunternehmen einen seinem Umfang nach wesentlichen sein. Erhöht sich z. B. die Durchschnittsstärke einer Dienststelle der Geh. Staatspolizei von 70 auf 90 Köpfe, so unterbleibt eine anderweitige Festsetzung, wenn die Erhöhung im Verhältnis zu der Kopfstärke der anderen örtlichen staatl. Polizei unwesentlich ist und für diese keine Änderung vorgenommen wird. Es ist also notwendig, daß die zahlenden Dienststellen sich miteinander in Verbindung setzen. Mir ist nur zu berichten, wenn ein Verkehrsunternehmen Forderungen erhebt, über die eine Einigung nicht zustande kommt. Dabei sind auch die Durchschnittsstärke der ortsanwesenden Freifahrtberechtigten, die der letzten Pauschalfestsetzung zugrunde lag, und die Durchschnittsstärke für das betreffende Rechnungsjahr anzugeben.

I. A.: Dr. Diederichs.

BefBIS. S. 16.

Verpflegung von Transportbegleitkommandos.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 12. 12. 1944
— II B 2 — Nr. 1310/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Nachstehend wird ein Erl. des W -Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes über Verpflegung von Transportbegleitkommandos bekanntgegeben. Dieser Erl. gilt für sämtliche Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD mit amtlicher Verpflegung.

I. A.: Rievers.

BefBIS. S. 17.

Anlage

W -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
Aktz.: BI 120-6/Tr.E/St.

Bln.-Lichterf.-W., den 21. Nov. 1944

Betr.: Verpflegung von Transportbegleitkommandos.

Für die Verpflegung von zum Zwecke der Begleitung und Überwachung von Bahntransporten jeder Art abgestellten Transportbegleitkommandos gelten folgende Bestimmungen:

1. Transportbegleitkommandos ist für die voraussichtliche Dauer der Abwesenheit Verpflegung nach den für die Stammeinheit zuständigen Verpflegungssätzen mitzugeben. Als Brot ist für drei Tage Heeresbrot, für die übrige Transportdauer Heeresdauerbrot zuständig. Nachweis über die für Transportbegleitkommandos empfangenen und ausgegebenen Verpflegungsmengen ist von den Einheiten gesondert zu führen und mit den monatlichen Abrechnungsunterlagen vorzulegen.
2. Die Verpflegung muß so zusammengesetzt sein, daß Zubereitung während des Transportes durch die Mannschaften selbst möglich ist. Die Kommandos sind bei Fahrten in die besetzten Gebiete auszustatten mit Dauerfleischwaren, Konserven, Mischkonserven, geräucherter Frischwurst, Heeresdauerbrot, Esbitkochern und Ersatztabletten (keine Spirituskocher). Im Heimatkriegsgebiet ist an Stelle von Dauerwurst, Konserven usw. Frischwurst, Weichkäse oder Schmelzkäse mitzugeben.
Die Ausstattung mit Esbitkochern und Brennstoffpackungen usw. ist so zu regeln, daß bei Transporten aller Art die erforderlichen Esbitkocher und Brennstoffpackungen (für je zwei Mann = ein Kocher) leihweise von Verpflegungsdienststellen angefordert werden.
3. Außer mit den gegen Bezahlung auf Rauchermarken zustehenden Tabakwaren sind Transportbegleitkommandos, die die Grenzen des Heimatkriegsgebietes oder — im Reichsgebiet — die Grenzen eines Heeresgruppengebietes überschreiten, mit einer Tabakportion nach dem Verpflegungssatz auszustatten, der bei ihrer Stammeinheit zusteht. Ist diese Versorgung nicht möglich, oder dauert das Kommando länger als vorausgesehen war, so ist der Transportführer berechtigt, für die Sätze des Kommandos Tabakwaren im Heimatkriegsgebiet bei einer Wehrmacht-Verkaufsstelle zu beschaffen, oder außerhalb des Heimatkriegsgebietes — bzw. im Reichsgebiet innerhalb der Heeresgruppengebiete — Tabakwaren als Portion und als Marketenderware nach den für die ausgebende Verpflegungsstelle zuständigen Sätzen zu empfangen.
4. An Transportbegleitkommandos können während der Transporte wöchentlich zwei Portionen V-

Drops abgegeben werden. Während der Wintermonate in der Zeit vom 1. 11. bis 31. 3. wird an die auf dem Transport befindlichen Begleitkommandos als 2. und 3. Getränkeportion die Ausgabe von Alkohol genehmigt.

5. Wird während der Dauer des Kommandos ein Verpflegungsempfang erforderlich, so ist der für das betreffende Gebiet vorgeschriebene Verpflegungssatz zuständig.
6. Die Mannschaften von Transportbegleitkommandos erhalten nach jedem Einsatz eine Fleisch- oder Wurstzulage von wöchentlich 150 g auf längstens drei Wochen.

Nachsatz für die HWL/TWL.

Es ist ein kleiner Bestand an Esbit-Kochern vorrätig zu halten. Anforderung unter Bezugnahme auf diese Anordnung beim W -Wirtschafts-Verwaltungshauptamt — Amt B V/4 —.

Der Chef des Amtes Verpflegungswirtschaft.

gez. Tschentscher,

W -Standartenführer.

Sparmaßnahmen im Kraftfahrwesen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 15. 12. 1944
— II C 3 b Nr. 1930/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Nachstehend als Sonderbeilage zum Verordnungsblatt der Waffen- W Nr. 19 abgedruckter Hinweis wird hiermit allen Dienststellen der Sich.Pol. u. d. SD zur Kenntnis gebracht:

„Sparmaßnahmen im Kraftfahrwesen“

**Das Kraftfahrzeug ist kriegsentscheidend
Kraftstoff in jeglicher Form Führungsmittel**

Kraftfahrleitung, Kfz.-Benutzer und Kraftfahrer!
— Helft mit! — Seid sparsam bis zum äußersten unter Beachtung folgender Punkte:

A. Fahrleitung.

1. Betrachte Dich als Treuhänder wertvollen und kriegsentscheidenden Volksgutes!

Sei Du mit Deinem Personal Vorbild; verzichte möglichst auf Fahrten, um zu beweisen, daß Du die Sparmaßnahmen ernst nimmst!

2. Laß Dich nicht verleiten, Vorgesetzte und guten Freunden Fahrten zu ermöglichen, die Du mit Deinem dienstlichen Gewissen nicht vereinbaren kannst!

3. Überprüfe gewissenhaft, ob

- a) eine Kraftfahrzeuganforderung kriegswichtig und sofort durchzuführen ist oder durch planmäßige Verbindung mehrerer Aufträge zeitlich verschoben und erfüllt werden kann,
- b) die Anforderung auf ein anderes Verkehrsmittel (Eisenbahn, Schifffahrt, Straßenbahn, Pferdezug, Fahrrad) verlagert werden kann,
- c) durch Zusammenarbeit mit anderen Fahrbereitschaften und Hinzunahme von Aufgaben des zivilen Bereichs Leer- und nicht voll ausgelastete Fahrten vermieden werden können,
- d) vorhandene Anhänger restlos eingesetzt sind und vom Schleppverfahren mittels Schleppstange weitgehendst Gebrauch gemacht werden kann.

4. Sei auf enge Tuchfühlung und ersprießliche Zusammenarbeit mit dem zivilen Fahrbereitschaftsleiter beim Einsatz von Kfz. bedacht!

B. Kfz.-Benutzer.

1. Verschaffe Dir Kenntnisse über die augenblickliche Lage im Kraftfahrwesen und mache sie zu Deinem Gedankengut.

2. Die Überzeugung von der Notwendigkeit schärfster Sparmaßnahmen wird in den meisten Fällen eine Kfz.-Anforderung ausschließen.

3. Bedenke: Gerade der Pkw. hat aufgehört, Bequemlichkeitsmittel zu sein! Seine Benutzung ist nur im Einsatzfalle gegeben, wobei „Einsatzfall“ nicht als Tarnung benutzt werden darf. Kraftstoff für Ausbildungszwecke gehört einzig und allein den Fahr-schülern.

4. Handle beispielhaft, damit Du vor Deinen Volksgenossen und Deinem Gewissen Dich Deines Beitrages zu Deutschlands Sieg nicht zu schämen brauchst.

C. Kraftfahrer.

1. Erfülle die Durchführung der Fahrbefehle mit äußerster Sorgfalt und denke dabei stets daran, daß das Dir anvertraute Kraftfahrzeug auf das sparsamste und auf das wirtschaftlichste ausgenutzt wird.

2. Beachte neben Verkehrs- und Betriebssicherheit sowie besonderen Bestimmungen folgendes:

- a) Einhaltung der Befehle über Fahrgeschwindigkeit,
- b) Bremsenhandhabung (Auslaufenlassen beim Halten),
- c) Vermeidung von Schüttverlusten beim Tanken (Anbringung von auswechselbaren Tüllen an Kanistern!),
- d) das Abstellen des Motors beim Halten,
- e) vorschriftsmäßiges Anlassen, Anfahren und Schalten,
- f) Luftfilter sauber halten.

3. Überlege Deine Fahrstrecke, mache keine Umwege!

4. Reiche nie Deine Hand zu Deinem Fahrbefehl widersprechenden Sonderfahrten und getarnten Nebenaufträgen!

**Kraftfahrleitung, Kfz.-Benutzer
und Kraftfahrer!**

Ihr seid die Träger der Sparmaßnahmen! Auf Euren Schultern ruht die Verantwortung! Setzt Euch rücksichtslos für die Schonung der vorhandenen Kfz. ein! Spart Kraftstoff und

Reifen. Jede Zuwiderhandlung ist Sabotage am Endsieg!

//-FHA/Amt X.

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 17.

**Verpflegungszulagen für tuberkulöse Angehörige
der Sich.Pol.**

**RdErl. des Reichssicherheitshauptamts vom 29. 12. 1944
— II B 2 Nr. 1324/44 —**

An die Sich.Pol.

Nachstehender Erl. wird für die Dienststellen der Sich.Pol. mit amtlicher Verpflegung zur Kenntnis und Beachtung bekanntgegeben.

I. A.: Rivers.

BefBIS. S. 18.

Anlage:

Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

Az.: B I 125/Bo/St.

Bln.-Lichterf.-W., den 6. Dez. 1944.

**Anordnung für das Verpflegungswesen Nr. 519.
Truppe Nr. 230**

Betr.: Verpflegungszulagen für tuberkulöse Soldaten.

Angehörige der Waffen-// und kasernierten Ordnungspolizei, die mit noch aktiver Tuberkulose als minderkriegsbrauchbar (bedingt kv. und av.) bei der Waffen-// oder kasernierten Ordnungspolizei Dienst tun, können auf Grund eines truppenärztlichen Zeugnisses, das in jedem Einzelfall mit den Unterlagen (Untersuchungs- und Röntgenbefund)

- a) für Angehörige der Waffen-// dem //Führungshauptamt — Amtsgruppe D, Sanitätswesen der Waffen-// — Amt XIII/4 — Berlin W 15, Kneisebeckstraße 43/44,
- b) für Angehörige der kasernierten Ordnungspolizei dem Hauptamt Ordnungspolizei — Sanitätsamt — Berlin NW 7, Unter den Linden 72

zur Prüfung vorzulegen ist, Verpflegungszulagen gewährt werden, und zwar wöchentlich bis zur Höhe von 100 g Butter und 5¼ l Vollmilch (Bezugsscheine d. zuständigen Verpflegungsdienststelle).

Der Chef des Amtes Verpflegungswirtschaft.
Tschentscher.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV:

Arbeitseinsatz von Justizhäftlingen.

**RdErl. des Reichssicherheitshauptamts vom 29. 12. 1944
— IV A 1 a Nr. 2052/44 —**

An die Sich.Pol.

(1) Der Reichsminister der Justiz beabsichtigt einen möglichst schnellen, zweckmäßigen und erfolgversprechenden Einsatz auch von Untersuchungshäftlingen in die kriegswichtige Produktion.

(2) Hierzu ist Voraussetzung, daß die Justiz bei Übernahme eines Häftlings über dessen beruflichen

Werdegang und seine Einsatzmöglichkeiten gut unterrichtet wird.

(3) Ich ordne daher an, daß bei jeder verantwortlichen Vernehmung eines Beschuldigten bei Aufnahme der Personalien in der Spalte „Beruf“ der gelernte oder angelernte Beruf und die vom Beschuldigten ausgeübten Tätigkeiten aufgezeigt werden. Spezialausbildungen und besondere Fähigkeiten sind anzugeben.

I. V.: Müller.

BefBIS. S. 18.

Verschiedenes

Berichtigung zum Dienststellenverzeichnis der Sich.Pol. u. des SD.

(Zum RdErl. vom 14. 5. 1943 — II A 1 Nr. 900/42-151 —)

Es sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

Abschnitt IV a (Ausgabe Juni 1944)

KdS. Bromberg Beim Kommandeur streichen:
Rux; dafür setzen: Dr. Kießel.

KdSudSD. Veldes Beim Kommandeur streichen:
Persterer; dafür setzen: Rux.

Abschnitt V (Ausgabe Juni 1944)

Seite 8 (StL. Düsseldorf) Beim Leiter streichen:
Noßke; dafür setzen: Kolitz.

Seite 11 (St. Halle) Beim Leiter streichen: Kolitz;
dafür setzen: //O'Stubaf. ORR. Dr. Bauer.

Seite 18 (StL. Köln) Bisherigen Leiter streichen;
dafür setzen: //O'Stubaf. ORR. Dr. Kulzer.

Seite 19 (St. Leipzig) Beim Leiter ändern: //Stubaf.
RR. in: //O'Stubaf. ORR.

Seite 24 (StL. Nürnberg) Anschrift Ludwigstr. 36
streichen; dafür setzen: Fürther Str. (Justiz-
gebäude).

Abschnitt V (Anhang)

StL. Berlin Beim Leiter ändern: //O'Stubaf.
ORRuKR. in //Staf. Reg.Dir.

St. Graz Als Leiter eintragen: //Stubaf. ORR.
Stüber.

St. Linz In Spalte ADSt. sind folgende Dienststellen
alphabetisch geordnet zuzutragen: Attnang-
Puchheim, Bahnstr. 65 — Braunau, Palm-
platz 1 — Kaplitz, Linzer Str. 348 —
Krumm au a. d. M., Linzer Str. 47.

Abschnitt VII (Ausgabe Juni 1944)

Seite 12 (SD-A. Frankfurt a. M.) Beim Abschnitts-
führer ändern: //Stubaf. Dr. Jaskulsky in
//H-Stuf. Kärger (m. d. kom. W. d. G. b.).

Seite 14 (SD-A. Halle) Anrufnummer 214 48/49 ändern
in 214 48 u. 9255.

Seite 33 (SD-A. Saarbrücken) Beim SD-A. streichen:
Trillerweg 20 und bisherige Anrufnummer; dafür
setzen: z. Z. in Höchem/Saar. Postsammelstelle
in Homburg/Saar, Bismarckstr. 141, Anruf: Hom-
burg 121. Bei der SD-ASt. Saarbrücken streichen:
Trillerweg 20; dafür setzen: in St. Ingbert/Saar,
Krummfuhrer Str. 33—35 (Volksschule f. Jungen).
Bei der SD-ASt. Saarlautern streichen: Rathaus
Saarlautern und bisherige Anrufnummer; dafür
setzen: in Schmelz/Saar.

BefBIS. 1945 S. 19.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob.Reg.Rat: //Sturmabführer Reg-
Rat Hülß (z. Z. im Einsatz);

zum Reg.Ass.: die //Hauptsturmführer Krim-
komm. Besekow, Janßen, Kulas, Fried-
rich Meyer, Radl u. Spiegelhauer, die
//Hauptsturmführer Heinrich Fröhlich u.
Schmiel, die //Obersturmführer Krim.komm.
Werner Franz, Hirthe, Huhn, Schön-
pflug, Tabbert, Tunnat, Wachter, Win-
terstein, Dr. Wulffen, //Obersturmführer
Pol.Ob.Insp. Hugo Wagner, die //Obersturm-
führer Bock, Giese, Heyer, König, Spie-
kermann, Wiesenberger u. Zöllner,
//Untersturmführer Krim.komm. Klaus.

Eingesetzt als Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD
in Oslo unter Aufhebung der Abordnung zum
Reichsstudentenführer: //Obersturmabführer
Ob.Reg.Rat Dr. Braune.

Kommandeure der Sich.Pol.

Ernannt zum Pol.Insp.: //Untersturmführer a.pl. Pol-
Insp. Mattausch (KdS. Bromberg), Pol.Insp.-
Anw. Klenzendorf (KdS. Danzig).

Abgeordnet: //Hauptsturmführer Reg.Rat Dr. Ul-
bing (KdS. Bromberg) zum Reichssicherheits-
hauptamt unter gleichzeitiger Aufhebung der Ab-
ordnung zum BdS. Frankreich.

Beauftragt mit der Führung des Z.b.V.-Kdos. 29 bei
der E-Gr. H: //Sturmabführer Dr. Glaser, bis-
her Führer des SD-A. Bayreuth.

Staatspolizei(leit)stellen.

Abgeordnet: //Sturmabführer Reg.Rat Ko-
schorke (Stuttgart) zum KdSudSD. Veldes als
Leiter der Abt. IV.

Versetzt: //Hauptsturmführer Pol.Ob.Insp. Mau-
solf (Halle) zum Reichssicherheitshauptamt, Pol-
Ob.Insp. Urban (Breslau) nach Regensburg.

SD.

Kommandiert: //Standartenführer Friedrich Knolle;
die //Sturmabführer Georg Best, Fritz Wöl-
bing, Walter Kurrek u. Philipp Schmitt zur
Dienststelle des //Obergruppenführers und Gene-
rals d. Waffen-// und Pol. Prützmann;

//Obersturmführer Rolf Czurda zum SD-LA.
Prag.

Beauftragt: //Hauptsturmführer Rolf Dupin mit
der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des III B-
Ref. beim SD-A. Saarbrücken.

BefBIS. 1945 S. 19.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 3

Berlin, den 20. Januar 1945

6. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Gerhard Nützel, SS-Unterscharführer, SD-Leitabschnitt Stuttgart, im Juni 1944 ✓

Wilhelm Jacobs, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Hamburg, im Juli 1944 ✓

Gerhard Schmüth, SS-Hauptscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Willy Winsemann, SS-Obersturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Heinz Westerholt, SS-Oberscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Leonhard Gareis, SS-Oberscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Erich Lange, SS-Mann, SD-Leitabschnitt Berlin, im August 1944 ✓

Leopold Pilz, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt Prag, im August 1944 ✓

Ferdinand Klier, Kriminalsekretär beim Kommandeur der Sich. Pol. Wien, im September 1944 ✓

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Hugo König, SS-Hauptscharführer, Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Karl Mahren, Staffel-Sturmscharführer a. K. beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Westmark, im August 1944 ✓

Heinrich Geiß, SS-Unterscharführer, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Alfred Richter, Staffel-Scharführer a. K., Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, im August 1944 ✓

Karl Dörr, SS-Scharführer, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Josef Geezy, SS-Schütze, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Rudolf Schier, SS-Schütze, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Hans Bürger, SS-Schütze, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, im August 1944 ✓

Wilhelm Sobotta, Staffel-Scharführer a. K., Staatspolizeileitstelle Dortmund, im August 1944 ✓

Leopold Artacker, SS-Sturmscharführer, Kriminalsekretär beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Wien, im September 1944 ✓

Max Herklotz, Staffelführer a. K., Staatspolizeileitstelle Dresden, im September 1944 ✓

Adolf Leister, SS-Untersturmführer, Kriminalinspektor beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Danzig, im September 1944 ✓

WRD

bei feindlichen Terrorangriffen auf das Reichsgebiet:

Fritz Hoffmann, Staffeლობerscharführer a. K. beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Breslau, im September 1944

Adolf Haase, Geschäftszimmerangestellter, Staatspolizeileitstelle Münster, im September 1944

Herbert Zeibig, Dr., Staffel-Unterscharführer a. K., Staatspolizeileitstelle Dresden, im September 1944

Hans Schmidt, Staffel-Unterscharführer a. K., Staatspolizeileitstelle Berlin, im September 1944

Heinrich Eggers, //Bewerber, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeileitstelle Hamburg, im September 1944

Karl Artinger, Kriminalangestellter, Kriminalpolizeileitstelle Stuttgart, im September 1944

Ewald Hild, Kriminalassistent z. Pr., Kriminalpolizeileitstelle Köln, im September 1944

Bruno Johannes, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeileitstelle Halle/S., im September 1944

Karl Schwochow, Kriminalsekretär, Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, im September 1944

Josef Thürwächter, Kriminalobersekretär, Kriminalpolizeileitstelle Köln, im September 1944

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD*

Dr. Kaltenbrunner

//Obergruppenführer und General der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I: RdErl.
4. 12. 1944 Berufspraktische Ausbildung von kriegsbeschädigten Anwärtern der Unterführerlaufbahn der Sich.Pol. u. des SD in den Standorten. S. 22.
— RdErl. 12. 1. 1945 Abwicklungsstelle des ehemaligen Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD in Frankreich. S. 27.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II: RdErl.

4. 12. 1944 Aufsichtsdienst in den staatl. Pol.-Gefängnissen. S. 27. — RdErl. 29. 12. 1944 Feststellung der am Wohnort der Familie Dienst leistenden //Soldbuchinhaber der Sich.Pol. u. des SD. S. 28.
— RdErl. 30. 12. 1944 Einführung des EWGG. bei der Polizei. S. 28.

Personalangelegenheiten: S. 28.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I:

Berufspraktische Ausbildung von kriegsbeschädigten Anwärtern der Unterführerlaufbahn der Sich.Pol. u. des SD in den Standorten.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 4. 12. 1944

— IB 3 Nr. 519/1-d —

An Sich.Pol. u. SD.

Abschnitt I: Vorbemerkung.

(1) Nach den derzeitigen Richtlinien dauert die Ausbildung der Anwärter der mittleren Verwaltungslaufbahn sowie des mittleren Vollzugsdienstes der Sicherheitspolizei (einschließlich des 3½monatigen Lehrganges mit abschließender Fachprüfung für Polizei- bzw. Kriminalassistenten) ein Jahr.

Da die kriegsbeschädigten Anwärter auf keinen Fall schlechter gestellt werden dürfen, war diese Zeit auch dem nächstehenden Plan zugrunde zu legen.

Entsprechendes gilt für den SD, bei dem bisher noch keine Ausbildungsvorschrift besteht.

(2) Da es sich bei den Bewerbern aber um Männer handelt, die vor ihrer Einberufung zum Wehrdienst einen anderen Beruf erlernt bzw. ausgeübt haben und sie die Voraussetzungen für einen sofortigen Vorbereitungsdienst in der Sicherheitspolizei und dem SD fast durchweg nicht mitbringen, ist es notwendig, eine berufspraktische Vorausbildung (Abschn. III) von 6 Monaten vorzuschalten. Die Dauer kann in besonderen Einzelfällen auf 3 Monate herabgesetzt werden.

(3) Es ist in Aussicht genommen, die kriegsbeschädigten Anwärter aller Sparten, also

1. des staatspolizeilichen und kriminalpolizeilichen Vollzugsdienstes,
2. des Verwaltungsdienstes und
3. des SD

in bestimmten Ausbildungsorten zusammenzufassen.

Abschnitt II: Ausbildungsleiter.

(1) Die Durchführung der berufspraktischen Vorausbildung und anschließenden Ausbildung für kriegsbeschädigte Nachwuchskräfte der Unterführerlaufbahn der Sicherheitspolizei und des SD ist den für die Ausbildungsorte zuständigen Inspektoren bzw. Befehlshabern übertragen.

Zu ihrer persönlichen Entlastung ist ein Ausbildungsleiter einzusetzen, dem die Steuerung jeden einzelnen Anwärters während der Gesamtausbildung in den Standorten obliegt.

Die Verschiedenheit der Ausbildungssparten und die Mannigfaltigkeit der Ausbildungsgebiete erfordert weiter, daß in jeder Sparte (Stapo, Kripo, SD und Verwaltung) ein Spartenausbildungsleiter bestimmt wird.

(2) Aufgaben des Ausbildungsleiters:

1. Der Ausbildungsleiter hat die Anwärter zu führen, zu betreuen, zu beurteilen und ihre Ausbildung im Standort zu steuern.

2. Beim Durchlaufen der verschiedenen Ausbildungsstellen müssen die Anwärter stets das Bewußtsein haben, daß ihre Ausbildung trotz des laufenden Wechsels der Dienststellen straff gelenkt ist und aus einem Guß erfolgt. Der Ausbildungsleiter behält die Verantwortung also auch bei der Abordnung des Anwärters zur weiteren Ausbildung bei den anderen Sparten. Er hat hierzu mit dem zuständigen Spartenausbildungsleiter eng zusammen zu arbeiten.

3. Die Zusammenfassung der Anwärter beim Unterricht, bei außerdienstlichen Veranstaltungen, zu gemeinsamen Besichtigungen usw. stärkt das Kameradschaftsgefühl und auch das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu Sicherheitspolizei und SD. Es versteht sich von selbst, daß der Ausbildungsleiter den Anwärtern gegenüber Kamerad ist und sie in allen persönlichen Fragen und Anliegen berät und betreut.

4. Der weltanschaulichen und //mäßigen Erziehung ist ohne Rücksicht auf die später in der Unterführerschule durchgeführte Erziehung besonderer Augenmerk zuzuwenden.

5. Größter Wert ist auf Haltungserziehung zu legen. Sie bildet als Teil der Gesamterziehung eines der Hauptziele der Ausbildung und hat ständig sowohl in der praktischen Ausbildung selbst als auch während der sonstigen Betreuung zu erfolgen. Zur Haltungserziehung gehört auch die laufende Erörterung von Fragen der Berufsethik (Erziehung zur positiv-willensmäßigen Einstellung gegenüber den Aufgaben des Dienstes der Sicherheitspolizei und des SD, zur Einsatzbereitschaft, Verantwortungsfreudigkeit, zur Arbeit aus eigener Initiative und zu ehrlicher Freude an der Arbeit, Belehrung über die Grundlagen der Disziplin, Verhalten gegenüber Kameraden, Untergebenen und Vorgesetzten, Auftreten in der Öffentlichkeit, Beschaffenheit der Kleidung, Pünktlichkeit im Dienst usw.). Zum Gegenstand der Belehrung sind ferner die Mitteilungen des Hauptamtes //Gericht und die Informationen des Reichssicherheitshauptamtes über „Rechtskräftige Entscheidungen der // und Polizeigerichte im Verfahren gegen Angehörige der Sicherheitspolizei und des SD sowie Entscheidungen in behördenmäßig dienststrafrechtlicher Hinsicht“ zu machen.

6. Ferner hat der Ausbildungsleiter die Anwärter zu verständnisvollem Lesen der Tageszeitungen anzuhalten und anzuleiten und mit ihnen die politischen Tagesfragen laufend zu erörtern.

7. In fachlicher Hinsicht obliegt dem Ausbildungsleiter die Sorge für die richtige Durchführung der praktischen Unterweisung in den einzelnen Dienststellen, mit deren Spezialausbildungsleitern auch im Hinblick auf die spätere Gesamtbeurteilung der Anwärter enge Fühlung zu halten ist. Zur Auflockerung und vor allem zur Ergänzung der Ausbildung sind Besichtigungen einzuschalten. Durch sie können die Aufgabengebiete und Einrichtungen von anderen Behörden, von Industriezweigen, Zeitungsunternehmen und anderen Privatfirmen den Anwärtern zur Ausweitung ihres Wissens und zur Nutzenanwendung im praktischen Dienst nahegebracht werden.

8. Die Überwachung der regelmäßigen Beteiligung der Anwärter an der Leibeserziehung gehört ebenso wie die Sorge für die praktische Unterrichtung der Anwärter im Waffengebrauch und für das Schießen zu den Obliegenheiten des Ausbildungsleiters.

Abschnitt III: Berufspraktische Vorausbildung.

(1) Diese Vorausbildung soll einer allgemeinen Einführung der Anwärter in den Dienst der Sicherheitspolizei und des SD dienen. Dabei sollen die Grundfächer der allgemeinen Bildung, Deutsch, Erdkunde, Geschichte, Rechnen im Vordergrund stehen und ein Lehrgang für Stenographie und Maschinschreiben eingeschaltet werden.

(2) Nach erfolgreicher Vorausbildung werden die Anwärter in den eigentlichen Vorbereitungsdienst übernommen.

(3) Die Dauer der berufspraktischen Vorausbildung beträgt 6 Monate. Sie kann verlängert werden, wenn der Ausbildungsleiter den Anwärter nicht für genügend vorgeschult erachtet oder sonstige Gründe dies erfordern. In besonderen Einzelfällen kann die Dauer auf drei Monate herabgesetzt werden.

(4) Aufbau der berufspraktischen Vorausbildung

1. Vormittage

Zur allgemeinen Einführung der Anwärter in den Dienst der Sicherheitspolizei und des SD sollen sie im Laufe der sechs Monate die drei Sparten Stapo, Kripo und SD wie folgt durchlaufen:

Stapo

a) Dauerdienst	2 Woch.
b) Teilnahme an größeren außendienstlichen Maßnahmen (soweit nicht körperlich behindert)	2 „
c) Karteiwesen und Aktenhaltung	3 „
d) Stapo-Verwaltung	1 „ 8 W.

Kripo

a) Kriminalrevier	3 Woch.
b) Anzeigenaufnahme und Dauerdienst	2 „
c) Streifendienst (soweit nicht körperlich behindert) der Personen- und Sachfahndung	3 „ 8 W.

SD

a) Außenstelle	
aa) Außendienst	4 Woch.
bb) Geschäftsstelle	2 „
b) SD-Verwaltung	2 „ 8 W.

Polizeirevier

2 W.
<u>26 W.</u>

Die Dienststunden sind in die Vormittagszeit bis 13 Uhr zu legen.

2. Nachmittage

An den Nachmittagen erhalten die Anwärter (außer Sonnabend) täglich zwei Stunden Unterricht.

a) //mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung	2 Wochenstd.
b) Deutsch	4 "
c) Geschichte	1 "
d) Erdkunde	1 "
e) Stenographie und Schreibmaschine	1 "
f) Rechnen	1 "
g) fachwissenschaftl. Unterricht	1 "
	<u>11 Wochenstd.</u>

zu a) //mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung

Obwohl sie ebenso wie die in diesem Rahmen liegende Haltungserziehung laufend während der Ausbildung selbst und während der sonstigen Betreuung als Hauptziel der Gesamterziehung erfolgt, sind ihr wöchentlich noch zwei besondere Unterrichtsstunden zu widmen.

Dabei sind folgende Gebiete zu behandeln:

Kurze einführende Übersicht über die Grundlagen der nat.-soz. Weltanschauung; Geschichte der NSDAP; Das Leben des Führers; Die Aufgaben und das Programm der NSDAP und seine Erfüllung;

Die Schutzstaffel des Reichsführers-// und die Durchdringung und organische Verklammerung von Polizei und //;

Politische Tagesfragen

Die wichtigsten politischen Ereignisse der Woche sind laufend durchzusprechen und in ihren großen Zusammenhängen verständlich zu machen.

Die Bedeutung des gegenwärtigen Krieges ist eingehend zu beleuchten;

Haltungserziehung

Für sie gilt die eingangs gegebene Anmerkung.

In der Haltungserziehung sind zu behandeln:

- Die Haltung des //Mannes im Dienst und außer Dienst
- Allgemeine Haltung (Benehmen)
- Wichtige Entscheidungen der // und Polizeigerichte

Gesamtstundenzahl

allein in der Vorausbildung 40 Stunden

zu b) Deutschunterricht

Voraussetzung für den sicherheitspolizeilichen Beruf ist, daß die Anwärter die deutsche Sprache in ausreichendem Maße beherrschen.

Im Deutschunterricht soll daher in erster Linie die

Satz- und Wortlehre, Rechtschreibungs- und Satzzeichenlehre wiederholt werden.

Ferner sollen die Anwärter in der Aufnahme von Diktaten, in der freien mündlichen Wiedergabe von Stoffen aus dem dienstlichen und dem täglichen Leben, in der mündlichen und schriftlichen Berichterstattung geübt werden.

Gesamtstundenzahl rund 100 Stunden

zu c) Geschichtsunterricht

Es ist an Hand der vom //Hauptamt herausgegebenen Schrift

„Der Weg zum Reich — Geschichte in den größten Zügen“;

in großer Linie ein Gesamtüberblick über die deutsche Geschichte zu geben.

Gesamtstundenzahl rund 20 Stunden

zu d) Erdkunde

Ziel des Erdkunde-Unterrichts ist es, grundlegende Kenntnisse von der Erde, den Erdteilen, Europa und Großdeutschland aufzufrischen und dabei unter Hervorhebung wichtiger wirtschaftsgeographischer und politischer Fragen den Anwärtern den Blick für die großen Zusammenhänge des Weltgeschehens zu öffnen.

Gesamtstundenzahl rund 20 Stunden

zu e) Stenographie/Schreibmaschine

Ziel des Lehrgangs, der sich auch auf die Zeit des Vorbereitungsdienstes erstreckt, ist die Vermittlung der Kenntnis des Systems und der Fertigkeit, 60 Silben in der Minute einwandfrei aufzunehmen und fehlerfrei zu übertragen.

Nach Erreichung dieses Zieles soll dem Lehrgang ein Unterricht im Maschineschreiben angeschlossen werden, der die Anwärter bis zur Fähigkeit des Blindschreibens mit 80 fehlerlosen Anschlägen in der Minute bringen soll.

Gesamtstundenzahl

allein während der Vorausbildung 20 Stunden

zu f) Rechnen

Hier ist die Sicherheit und Gewandtheit im bürgerlichen Rechnen anzustreben.

Gesamtstundenzahl

20 Stunden

Für den Unterricht auf den Gebieten b bis f ist eine geeignete Lehrkraft zu gewinnen.

zu g) Fachwissenschaftlicher Unterricht

Hier sind folgende Themen zu behandeln:

Die weltanschaulichen Grundlagen der Verfassung des Großdeutschen Reiches;

Einführung in den verfassungsmäßigen Aufbau des Großdeutschen Reiches, insbesondere der Führer — die Reichsregierung — der Reichstag — Staat und Partei;

Kurzer Überblick über die Verwaltungsgliederung und die Verwaltungsbehörden;

Aufbau der NSDAP;

Aufbau der Deutschen Polizei;

Aufbau der Sicherheitspolizei und des SD, Aufgaben und Entwicklung

der Geheimen Staatspolizei,

der Reichskriminalpolizei,

des SD;

Aufgaben, Rechte und Pflichten des Beamten,

aa) allgemeine

Grundbegriffe, Pflichten,

Folgen der Nichterfüllung,

Dienststraftordnung,

//- und Polizeigerichtsbarkeit,

Amtsverbrechen;

bb) nur für die Vollzugsbeamten

Das Recht und die Pflicht zum Einschreiten,

Unterstützung durch andere Stellen, Strafrechtlicher Schutz,
Zuständigkeit.

Allgemeines abwehrmäßiges Verhalten bei Spionage, Sabotage und Zersetzung in Behörden außerhalb der Wehrmacht.

Waffenkunde
praktische Waffenkunde
Waffengebrauchsrecht
Teilnahme am Dienstschießen

Gesamtstundenzahl 20 Stunden

Abschnitt IV: Der berufspraktische Vorbereitungsdienst.

Teil I. Gemeinsame Vorschriften für alle Sparten

(1) Bei der berufspraktischen Ausbildung ist unbedingt zu berücksichtigen, daß der Anwärter Lernender und nicht Hilfsarbeitskraft ist.

Die praktische Tätigkeit soll den Anwärtern mit den Aufgaben des betreffenden Arbeitsgebietes, den Einrichtungen, Hilfsmitteln und den Arbeitsmethoden bekannt machen.

Auf keinen Fall darf der Anwärter zu nebensächlichen Dienstleistungen herangezogen werden, sondern er ist erfahrenen Praktikern beizugeben, an deren Beispiel er die Erledigung derjenigen Aufgaben lernen kann, die zu kennen für seinen Ausbildungsgang wichtig ist.

(2) Auf den einzelnen Spezialdienststellen erhalten die Anwärter neben der praktischen auch eine einführende theoretische Unterweisung über das betreffende Arbeitsgebiet.

Diese Unterweisung soll jedoch nicht in die Tiefe gehen, sondern nur dazu beitragen, daß die Anwärter die größeren Zusammenhänge im Einzelfall verstehen und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Durchführung begreifen lernen.

Schriftliche Ausarbeitungen sind auf den Spezialdienststellen aber nicht zu fordern.

(3) Unterricht:

Dieser Unterricht soll keinen Ersatz für die theoretische Ausbildung im späteren Fachlehrgang darstellen, sondern nur die Anwärter an Allgemeinthemen und -probleme heranzuführen und sie mit ihrem Inhalt in großem Überblick bekannt machen. Vertiefte Kenntnisse werden nicht gefordert.

1. Die //mäßige und politisch-weltanschauliche Erziehung
wird in der Vorausbildung fortgeführt; insbesondere ist auf den weltanschaulichen Gegner einzugehen 1 Wochenstd.

2. Der Deutschunterricht
erstreckt sich auf allgemeine Wiederholungen und vor allem Stilübungen 1 Wochenstd.

3. Stenographie und Schreibmaschine
wird wie in der Vorausbildung weitergelehrt 1 Wochenstd.

4. Fachwissenschaftlicher Unterricht
Es sind folgende Themen zu behandeln:

a) Formen und Mittel der Feindpropaganda und Zersetzungstätigkeit (illegale Druckschriften, Flüsterpropaganda, ausländische Sender, Flugblätter usw.)

- b) Die derzeitigen Erscheinungsformen kommunistischer Tätigkeit
- c) Die staatspolizeilichen Maßnahmen (Warnung, Sicherungsgeld, Schutzhaft)
- d) Die Aufgaben der Reichskriminalpolizei
- e) Einblick in die Kriminaltechnische Untersuchungsstelle
- f) Die Aufgaben des Erkennungsdienstes
- g) Kriegsfahndung
- h) Kriminalpolizeiliche Verbrechensvorbeugung
- i) Das Einwohnermeldeamt
- k) Das Paß- und Ausweiswesen
- l) Gefängniswesen
- m) Die Aufgaben von Sicherheitspolizei und SD im Einsatz
- n) Einführung in die Grundprobleme der Lebensgebietsarbeit
- o) Die wichtigsten Bestimmungen des besonderen Teils des Strafrechts (im Überblick)
 - aa) Landesverrat, Hochverrat, Heimtücke, Wehrmittelbeschädigung, Kriegsdelikte
 - bb) Kriminelle Delikte:
 - Diebstahl, Unterschlagung, Untreue, Betrug, Urkundenfälschung, Erpressung, Raub, Tötung, Brandstiftung
- p) Wiederholung des Verwaltungsaufbaues des Großdeutschen Reiches
- q) Aus dem Polizeirecht:
 - aa) Wesen und Aufgabe der Polizei (insbesondere die institutionelle Ermächtigung)
 - bb) Polizeiverfügung, -verordnung, -erlaubnis. Polizeiliche Strafverfügung
- r) Allgemeine Übersicht über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
- s) Besoldung der beamteten und nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder (in großen Zügen)
- t) Fürsorge und Versorgung (allgemeiner Überblick)
- u) Reise- und Umzugskosten (in großen Zügen) 2—3 Wochenstd.

Teil II. Berufspraktischer Vorbereitungsdienst der Anwärter der Unterführerlaufbahn des Sicherheitsdienstes RFH

(1) Der den Anwärtern in der berufspraktischen Vorausbildung vermittelte Einblick in die Tätigkeit einer SD-Außenstelle soll nunmehr durch praktische Arbeit (mit einweisenden Erklärungen) in der Außenstelle, und zwar

1. Verwendung im Außendienst 3 Monate
2. Arbeit in der Geschäftsstelle 1 Monat
vertieft werden.

2. Die so gewonnenen Kenntnisse und Anschauungen sind dann von der Ebene des Abschnitts aus zu überblicken.

Beschäftigung in der

1. Posteingangs- und -auszeichnungsstelle	1 Monat
2. Registratur u. Kanzlei	1½ Monate
3. Personalabteilung	½ Monat
4. Verwaltung	1 Monat
	<u>8 Monate</u>

(3) Ziel des Vorbereitungsdienstes ist die Heranbildung zur Hilfskraft des Referenten. Die Anwärter müssen daher mit folgenden Arbeitsgebieten vertraut werden:

1. Aufgaben und organisatorischer Aufbau des SD.
2. Einführung in die Grundprobleme der Lebensgebietsarbeit.

(Sondervorträge für alle Anwärter.)

3. Bearbeitung von Vorgängen, Auswertung von Meldungen, Erstellen von Berichten.
4. Praktische Arbeit mit Vertrauensleuten, Auftragserstellung, Steuerung der Nachrichtenarbeit, Sicherung des Nachrichtennetzes.

(4) An diesen berufspraktischen Vorbereitungsdienst schließt ein dreieinhalbmonatiger Fachlehrgang mit abschließender Fachprüfung I an.

Teil III. Berufspraktischer Vorbereitungsdienst der Anwärter des mittleren Vollzugsdienstes.

A. Vorbemerkung.

(1) Mit Beginn des Jahres 1942 war eine Umstellung der gesonderten Ausbildung der Stapo- und Kripo-Anwärter (SB) auf eine gemeinsame Ausbildung in den Schulen der Sicherheitspolizei befohlen und durchgeführt worden. Auf sie war auch die Vorausbildung in den Standorten abzustimmen; das bedeutet, daß die Anwärter der Stapo auch den Kripostellen und umgekehrt die Anwärter der Kripo auch den Stapostellen zur Vorausbildung zuzuteilen sind.

(2) Diese Vorausbildung läßt den bisherigen Fehler der völlig einseitigen Ausbildung fortfallen, der den Anwärter schon zu Beginn seiner Ausbildung, also viel zu früh, zur Spezialisierung zwang, ohne ihn auf die Gesamtaufgaben von Sicherheitspolizei und SD auszurichten. Es wird nunmehr auch ausbildungsmäßig der Tatsache Rechnung getragen, daß die Unterführerlaufbahn von Sicherheitspolizei und SD hinsichtlich der Vielseitigkeit und des Umfanges der Aufgaben und der Verantwortung mit keiner anderen gleichrangigen Laufbahn vergleichbar ist.

(3) Die künftige Vorausbildung soll dem Anwärter in praktischer Tätigkeit zunächst einen Gesamtüberblick verschaffen und ihn damit für später die im Verkehr mit den anderen Sparten und Behörden nötige Sicherheit geben und so das Verständnis für eine fruchtbringende Zusammenarbeit wecken.

(4) Es bedeutet durchaus keinen Nachteil, wenn die Vorausbildung auch des Unterführers umfassender wird und es dafür in Kauf genommen werden muß, daß die Vorausbildung nicht so tieferschürfend sein kann. Ihre Aufgabe ist es, das Kennen der Stoffgebiete in ihrem ganzen Umfang zu vermitteln. Das Können ist Übungssache und Angelegenheit der späteren Spezialpraxis, der der Anwärter nach Abschluß seiner Ausbildung zugeteilt wird, insbesondere also der anschließenden 12monatigen Probezeit.

B. Anwärter der Geheimen Staatspolizei.

(1) Die Anwärter beginnen bei einer der vorgesehenen Stapo(leit)stellen mit einer berufspraktischen Ausbildung von

20 Wochen.

(2) Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß für das kriminaltechnische Vorgehen bei der Erfassung des politi-

schen Gegners, seiner Arbeitsweise und seiner Taktik und bei der Bekämpfung des politischen Verbrechens die Beherrschung der allgemeinen Verbrechensbekämpfung die Voraussetzung ist, wurde eine Weiterbildung bei der zuständigen Kriminalpolizei(leit)stelle vorgesehen

14 Wochen

34 Wochen

zbV. 2 Wochen

Fachlehrgang I 3½ Monate = 16 Wochen

52 Wochen

C. Anwärter der Kriminalpolizei.

(1) Dem Schwerpunkt ihrer Ausbildung entsprechend, beginnen sie bei der Kriminalpolizei(leit)stelle

24 Wochen

(2) Der Vorbereitungsdienst wird bei der zuständigen Stapo(leit)stelle fortgesetzt:

10 Wochen

34 Wochen

zbV. 2 Wochen

Fachlehrgang I 3½ Monate = 16 Wochen

52 Wochen

D. Gesamtplan dieses Vorbereitungsdienstes,

in dem die einzelnen Ausbildungszeiten und Arbeitsgebiete der Stapo- und der Kripoanwärter zum Vergleich nebeneinander dargestellt sind.

Gebiet des Vorbereitungsdienstes	Dauer in Wochen	
	Stapo-Anwärter	Kripo-Anwärter
I. Ausbildung bei der Stapo(leit)stelle:		
1. Marxismus, Kommunismus, Zersetzung, Terror	2	2
2. Sabotage, politisches Fälschungswesen	3	2
3. Reaktion, Opposition, Heimtücke	1	½
4. Politische Kirche, Juden, Freimaurer, Emigranten	2	½
5. Abwehr	4	2
6. Staatspolizeiliche Wirtschaftsbeurteilung, Arbeitseinsatz, Industriesicherung, Ausländer ...	3	1½
7. Schutzdienst	2	½
8. Staatspolizeiliche Maßnahmen (Warnung, Sicherungsgeld, Schutzhaft)	2	½
9. Karteien und Aktenhaltung	1	½
(In Ergänzung der dreiwöchigen Unterweisung der Vorausbildung) in	1	½
	20	10
II. Ausbildung bei der Kripo(leit)stelle:		
1. Spezialdienststellen:		
a) Todesermittlung	2	2
b) Diebstahl, Einbruch, Raub, Erpressung, Hehlerei	1	2
c) Brandermittlung	1	2
d) Betrug, Untreue, Korruption, Urkundenfälschung, Fälschungsgeld, Kriegswirtschaftsdelikte	2	2
e) Sitte, Rauschgifte	—	1
2. Fahndungsdienst	2	2
	8	11

Gebiet des Vorbereitungsdienstes	Dauer in Wochen	
	Stapo-Anwärter	Kripo-Anwärter
Übertrag:	8	11
3. KP-Meldedienst, KP-Karteiwesen, KP-Strafakten, Polizeiliche Liste, dazu: Strafregister (mit Besichtigung)	1	3
4. Erkennungsdienst:		
a) Fingerabdruckwesen, Personenfeststellung	2	3
b) Lichtbild- und Zeichenstelle	1	3
c) Praktische Einführung in die Tätigkeit der KTU-Stelle und der Spurensicherung	1	2
5. Kriminalpolizeiliche Verbrechensvorbeugung	1	2
	14	24

Teil IV. Berufspraktischer Vorbereitungsdienst der Anwärter des mittleren Verwaltungsdienstes der Sicherheitspolizei.

(1) Die Anwärter beginnen bei der Abteilung I — Org. der Stapo(lei)-stelle:

Amtlicher Geschäftsverkehr, Geschäftsgang, Kanzleidienst, Postannahme, -auszeichnung u. -absendung, Tagebuchführung u. Registratur

3 Wochen.

(2) Anschließend Ausbildung auf folgenden Gebieten der Wirtschaftsverwaltung:

1. Haushalts-, Kassen- u. Rechnungswesen,
2. Dienstbezüge für Beamte u. Angestellte,
3. Fürsorge u. Versorgung,
4. Reise- u. Umzugskosten,
5. Unterkunftswesen,
6. Bekleidungswirtschaft,
7. Verpflegungswirtschaft,
8. Kraftfahrzeug- u. Verkehrswesen,
9. Fernverbindungswesen,

3 Wochen

- Übertrag 3 Wochen
10. Unterkunftsgeräte, kriminaltechn. Geräte u. Geschäftsbedürfnisse,
 11. Beschlagnahme u. Einziehung von Vermögen

20 Wochen

(3) Die Anwärter werden dann zum Polizeipräsidium abgeordnet und hier zugeteilt:

1. der Abteilung II des Pol.Präs.
 - a) Einwohnermeldeamt 2 Wochen
 - b) Paß- und Ausländerwesen 2 Wochen
2. der Polizeikasse, in der sie das Kassen- und Buchungswesen kennenlernen sollen 4 Wochen
3. Pol.Gefängnis 1 Woche

(4) Den Schluß des Vorbereitungsdienstes bildet die Personalstelle der Abteilung I, bei der die Anwärter in der Personalaktenhaltung unterwiesen werden sollen

2 Wochen

34 Wochen

zbV. 2 Wochen

Fachlehrgang I 3½ Monate = 16 Wochen

52 Wochen

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 22.

Abwicklungsstelle des ehemaligen Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD in Frankreich.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 12. 1. 1945 — I Org. Nr. 742/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Die zentrale Abwicklungsstelle des ehemaligen BdS. in Frankreich in Brackenheim wurde mit Wirkung vom 10. 1. 1945 aufgelöst.

(2) Die Restabwicklung von Personalangelegenheiten erfolgt beim Ref. I A 1 des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin — Ausweichunterkunft Hirschgarten —.

(3) Die Restabwicklung von Wirtschaftsangelegenheiten erfolgt beim Amt II des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin SW 68, Kochstr. 64.

I. A.: Wanninger.

BefBIS. S. 27.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II:

Aufsichtsdienst in den staatl. Pol.-Gefängnissen.

RdErl. d. RFuChdDtPol. v. 4. 12. 1944

— S II B 3 Nr. 5171/43-276-2 —

(Veröffentl. im MBliV. 1944 S. 1209)

An die staatl. Pol.-Behörden (einschl. Gestapo.).

Der RdErl. v. 22. 1. 1942 (MBliV. S. 244) besaß nur haushaltsmäßige Bedeutung. Für die Dienstaufsicht über die Pol.-Gefängnisse und die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Pol.-Gefängnisaufsichtsbeamten gilt folgendes:

1. Die staatl. Pol.-Gefängnisse unterstehen unmittelbar dem Pol.-Verwalter, der die Dienstaufsicht ausübt und für das Gefängnis verantwortlich ist.

2. Die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Pol.-Gefängnisaufsichtsbeamten ist durch Abs. 9 des RdErl. v. 11. 6. 1942 (MBliV. S. 1270) und die Anordnung über die Dezentralisierung der Personal-

verwaltung im Bereich der Sich.Pol. v. 1. 8. 1942 (RGBI. I S. 486) geregelt. Die Pol.-Gefängnisaufsichtsbeamten sind Beamte der Sich.Pol. Die Bearbeitung ihrer Personalangelegenheiten hat jedoch der Pol.-Verwalter durchzuführen.

3. Der Pol.-Verwalter sorgt für die Ausstattung der Pol.-Gefängnisaufsichtsbeamten und Angestellten im Pol.-Gefängnisaufsichtsdienst mit Dienstausweis, Dienstkleidung, Dienstwaffen und sonst. Ausrüstungsstücken und übernimmt auch im übrigen die personelle Betreuung.

4. Auf die Pol.-Gefängnisaufsichtsbeamten und Angestellten im Pol.-Gefängnisaufsichtsdienst findet die Bekleidungsvorschrift für die Sich.Pol. (RdErl. v. 9. 1. 1943, BefBIS. S. 127) Anwendung. Die Pol.-Verwalter haben die Ausstellung der Uniformausweise (Ziff. 8 a. a. O.) durch den zuständigen Inspekteur der Sich.Pol. u. des SD und die Einkleidung der Beamten

und Angestellten durch die nach Ziff. 6 a. a. O. zuständigen Bekleidungslieferstellen zu veranlassen. Sofern ein Angehöriger des Gefängnisaufsichtsdienstes als **//**-Führer eingekleidet werden soll, ist der Antrag auf Ausstellung eines Uniformausweises unter Beachtung der bestehenden Vorbedingungen über den zuständigen Inspekteur bzw. Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD dem Reichssicherheitshauptamt (Ref. I A 5) vorzulegen.

I. A.: Spacil.

BefBIS. S. 27.

Feststellung der am Wohnort der Familie Dienst leistenden **//-Soldbuchinhaber der Sich.Pol. u. des SD.**

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes v. 29. 12. 1944
— II A 2 a — Nr. 5244/44-245 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Zwecks Feststellung der **//**-Soldbuchinhaber der Sicherheitspolizei und des SD, die am 1. 12. 1944 am Wohnort ihrer Familie Dienst leisteten, täglich dahin zurückkehrten oder sich dort in einem Lazarett befanden und mithin vom 1. 1. 1945 ab Wehrmachtbesoldung (Kriegsbesoldung) nach der Tabelle B (BefBIS. S. 321) oder Friedensbezüge unter Abzug des Ausgleichsbetrages in Höhe des Wehrsoldes und des besonderen Kürzungsbetrages von 27,— RM erhalten, ist bis zum 1. 2. 1945 von den die Dienstbezüge zahlenden Dienststellen dem Reichssicherheitshauptamt Stärkenachweisung mittels nachstehenden Musters vorzulegen. Für die Teile der Kriminalpolizei, die noch von den Dienststellen der Ordnungspolizei wirtschaftlich versorgt werden, reichen die Dienststellen der Kriminalpolizei die Nachweisung ein; die Unterlagen haben sie sich erforderlichenfalls von der zuständigen Wirtschaftsstelle der Ordnungspolizei geben zu lassen.

(2) Zum Begriff „Wohnort“ wird bemerkt, daß sich die Festsetzung des Ausgleichsbetrages nach Nr. 1 Abs. 1 u. 2 oder Abs. 3 DB zu § 10 EWGG. danach richtet, ob die Ehefrau am 1. 12. 1944 mit ihrem Ehemann zusammenwohnte (sich nicht etwa besuchsweise bei ihm aufhielt); der bürgerliche Wohnort bleibt hierbei unberücksichtigt.

I. A.: Kreklow.

BefBIS. S. 28.

Anlage:

Dienststelle

Stärkenachweisung

der am Wohnort der Familie usw. Dienst leistenden **//**-Soldbuchinhaber der Sich.Pol. u. des SD (Stand: 1. 12. 1944) Wehrmacht- (Kriegs-) Besoldung (nach Tabelle B) oder Friedensdienstbezüge (unter Abzug des Ausgleichsbetrages nach Abs. 1 Nr. 3 a DB. zu § 10 EWGG., BefBIS. 1944 S. 313) erhalten **//**-Soldbuchinhaber der Sich.Pol. u. des SD, die

Einführung des EWGG. bei der Polizei.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes v. 30. 12. 1944
— II A 2 a Nr. 5245/44-245 —

An Sich.Pol. u. SD.

Nachstehender Erl. des OKW. vom 25. 11. 1944 wird zur Beachtung bekanntgegeben.

I. A.: Terborg.

BefBIS. S. 28.

Anlage:

Oberkommando der Wehrmacht
2 f 32 Beih. 1 r — 11 182/44

O. U., den 25. November 1944.

Betr.: **Kriegsreiseverordnung;**
hier: Reiseverpflegungsgeld außerhalb des Reichsgebiets.

Bezug: KRV. v. 9. 8. 44 Ziff. 2, Abs. 3 und Anm. zur Anl. 1.

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei wird angeordnet:

In den besetzten Gebieten, in verbündeten bzw. befreundeten oder in Schutz genommenen Staaten wird ab 15. November 1944 als Entschädigung für Verpflegung für die Reisetage und für die ersten 14 Aufenthaltstage vorläufig ein Reiseverpflegungsgeld in Höhe des doppelten Betrages der Geldabfindung zur Selbstverpflegung nach den vom OKW. festgesetzten Tabellensätzen gewährt.

Der nach der Anmerkung zur Anlage 1 bei dienstlichen Reisen in außerdeutsche Länder zur Mitnahme aus eigenen Mitteln zugelassene Betrag wird anderweit auf den einfachen Betrag der Geldabfindung zur Selbstverpflegung und den doppelten Betrag des Übernachtungsgeldes je Tag festgesetzt.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.
gez. Keitel.

Personalmitteilungen

SD.

Kommandiert: die **//**-Sturmabführer Friedrich Kallbach zum SD-A. Koblenz, Dr. Hermann Löffler zum Reichssicherheitshauptamt; die **//**-Hauptsturmführer Harry Hoeven zum SD-LA. Düsseldorf, Gerhard Haupt zum SD-A. Dortmund, Heinz Müller zum **//**-Hauptamt, Ernst Glittenberg zum Reichssicherheitshauptamt; **//**-Obersturmführer Max Rostock zum Reichssicherheitshauptamt; die **//**-Untersturmführer Dr. Franz Ronneberger zum Reichssicherheitshauptamt, Max Leopold zum SD-A. Koblenz, Dr. Hugo Rehn u. Werner Goy zum Reichssicherheitshauptamt.

Beauftragt: **//**-Sturmabführer Dr. Viktor Schmidt mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des SD-Abschnittsführer in Linz.

BefBIS. 1945 S. 28.

Lfd. Nr.	am Wohnort Dienst leisten	zum Wohnort täglich zurückkehren	im Lazarett des Wohnorts sich befinden	Bemerkungen
	I. Angehörige der Sich.Pol. (ohne Kriminalpolizei) II. Angehörige der allgemeinen Kriminalpolizei III. Hauptamtliche SD-Angehörige IV. Angehörige der Geheimen Feldpolizei V. Sonstige Notdienstpflichtige ohne Beschäftigungsverhältnis.			

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Ausgabe A

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IOrg), Berlin SW11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 4

Berlin, den 27. Januar 1945

6. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Hans Schickert, SS-Obersturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im Juli 1944
Erwin Dornbusch, Staffelhauptstabsführer, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeileitstelle Berlin, im August 1944
Kurt Zucknick, Kriminaldirektor, Kriminalpolizeileitstelle Stettin, im September 1944

Karl Wegener, Geschäftszimmerangestellter, Staatspolizeistelle Schwerin, im September 1944

Philipp Vornkeller, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Würzburg, im September 1944

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Paul Hinz, SS-Sturmscharführer, Kriminalobersekretär, Staatspolizeileitstelle Stettin, im August 1944

Hans Werner, Kriminalobersekretär, Kriminalpolizeileitstelle Hamburg, im Oktober 1944

Ludwig Rex, Kriminalangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in Litzmannstadt, im September 1944

Paul Bauer, SS-Sturmscharführer, Kriminalobersekretär, Staatspolizeileitstelle Hamburg, im Oktober 1944

Rudolf Börner, SS-Sturmscharführer, Kriminalsekretär beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Reichenberg, Außendienststelle Karlsbad, im Oktober 1944

Adolf Lutz, SS-Unterscharführer, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Hamburg, im Oktober 1944

Hermann Rothenberg, SS-Hauptstabsführer, Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle Bremen, im Oktober 1944

Erich Kössling, SS-Sturmscharführer, Kriminalsekretär, Staatspolizeileitstelle Hamburg, im Oktober 1944

Heinrich Völker, SS-Oberscharführer, Kriminalassistent, Staatspolizeileitstelle Hamburg, im Oktober 1944

Arthur Schulz, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeileitstelle Hamburg, im Oktober 1944

bei feindlichem Terrorangriff auf das Reichsgebiet:

August Hauser, Polizeisekretär, Staatspolizeistelle Darmstadt, im September 1944

Karl Höfler, Geschäftszimmerangestellter, Staatspolizeistelle Darmstadt, im September 1944

Philipp Wenz, Kriminalsekretär, Staatspolizeistelle Darmstadt, im September 1944

Elfriede Welsch, Geschäftszimmerangestellte, Staatspolizeistelle Darmstadt, im September 1944

Wir werden das Andenken an die Gefallenen stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Obergruppenführer und General der Polizei

Kriegsauszeichnungen

Das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes wurde verliehen:

- ✓ Dem **SS-Obersturmbannführer** Oberregierungsrat **Friedrich Suhr**, **SS-** und Polizeiführer Ober-Elsaß.

Das Deutsche Kreuz in Silber wurde verliehen:

- ✓ Dem **SS-Oberführer** Oberst der Polizei **Fritz Panzinger**, Reichssicherheitshauptamt;
- ✓ dem **SS-Sturmbannführer** Kriminalrat **Horst Kopkow**, Reichssicherheitshauptamt.

Das Eiserner Kreuz 1. Klasse wurde verliehen:

- ✓ Dem **SS-Gruppenführer** und Generalleutnant der Polizei **Dr. Wilhelm Harster**, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Italien;
- ✓ dem **SS-Sturmbannführer** Regierungsrat **Reiner Gottstein**, Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Hauptsturmführer** Kriminalkommissar **Gerhard Clages**, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in Prag, gefallen im auswärtigen Einsatz.

Das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern wurde verliehen:

- ✓ Dem **SS-Obersturmbannführer** Oberregierungsrat **Dr. Ernst Gerke**, Kommandeur der Sicherheitspolizei Prag;
- ✓ dem **SS-Obersturmbannführer** **Fritz Glitz**, Führer des SD-Leitabschnitts München;
- ✓ dem **SS-Obersturmbannführer** Polizeidirektor **Fritz Popp**, Leiter der Staatspolizeistelle Regensburg;
- ✓ dem **SS-Obersturmbannführer** Oberregierungsrat **Dr. Wilhelm Scharpwinkel**, Kommandeur der Sicherheitspolizei Breslau;
- ✓ dem **SS-Obersturmbannführer** **Dr. Othmar Trenker**, Reichssicherheitshauptamt;
- ✓ dem **SS-Sturmbannführer** **Dr. Viktor Schmidt**, SD-Leitabschnitt Prag, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Hauptsturmführer** **Dr. Heribert Friedel**, SD-Abschnitt Klagenfurt, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Hauptsturmführer** Kriminalkommissar **Rolf Neugebauer**, Staatspolizeistelle Darmstadt, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Hauptsturmführer** Kriminalrat **Heinrich Krupke**, beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Prag, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Obersturmführer** Kriminalkommissar **Josef Handl**, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Wien, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Obersturmführer** **Doman von Domansky**, Stabskompanie der Waffen-SS beim Reichssicherheitshauptamt, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Sturmscharführer** Kriminalsekretär **Kurt Graupner**, Staatspolizeistelle Leipzig, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Sturmscharführer** Kriminalkommissar-Anwärter **Josef Müsseler**, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Prag, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Ungarn;
- ✓ dem **SS-Hauptscharführer** **Wilhelm Rosnagel**, SD-Abschnitt Weimar, z. Zt. im Einsatz bei der Organisation Todt.

Das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse ohne Schwerter wurde verliehen:

- ✓ Dem **SS-Sturmbannführer** **Heinz Lämmel**, SD-Leitabschnitt Prag;
- ✓ dem **Prof. Dr. Alfred Buntru**, ehrenamtlicher Mitarbeiter beim SD-Leitabschnitt Prag.

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I. RdErl.
 11. 1. 1945 Tragen des Winkels mit eingesticktem Stern für ehem. Angehörige der Ordnungspolizei S. 31. — RdErl. 15. 1. 1945 Anerkennung S. 31. — RdErl. 16. 1. 1945 Benutzung der Eisenbahn durch die in den Operations- und besetzten Gebieten, im Generalgouvernement und im Protektorat Böhmen und Mähren eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD.; hier: Einführung des neuen Wehrmachtsreisescheins S. 31.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes II. RdErl.
 13. 1. 1945 Bezug von Kfz.-Bereifung (Mangelgrößen)

auf Ersatz-Heer-Schecks S. 31. — RdErl. 22. 1. 1945 Zusammenfassung der Kfz.-Instandsetzung im Heimatkriegsgebiet S. 32.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes IV. RdErl.
 8. 12. 1944 Umbenennung der Auslandsbriefprüfstellen S. 33. — RdErl. 30. 12. 1944 Bekanntmachung von Einziehungsverfügungen im Reichsanzeiger S. 34.

Verschiedenes. Berichtigung zum Dienststellenverzeichnis der Sich.Pol. u. des SD. S. 34.

Personalmitteilungen. S. 34.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I:

Tragen des Winkels mit eingesticktem Stern für ehem. Angehörige der Ordnungspolizei.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 11. 1. 1945
— I A 5 e SA 483 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß Uniformträger der Sich.Pol. u. des SD, die der // bereits angehören nur dann zum Tragen des Winkels mit eingesticktem Stern berechtigt sind, sofern sie im Besitz der lt. Erl. des //Führungshauptamtes (//BefBl. Nr. 1 vom 25. 1. 1937) erforderlichen Winkelbescheinigung sind.

(2) Uniformträgern, deren Aufnahme in die // noch nicht erfolgt, bzw. nicht möglich ist, steht in keinem Falle das Recht zum Tragen des Winkels mit eingesticktem Stern zu.

(3) Die Befehlshaber, Inspekture und Chefs der Einsatzgruppen der Sich.Pol. u. des SD haben sofort die betreffenden Uniformträger zum Ablegen des Winkels mit eingesticktem Stern zu veranlassen.

(4) Anträge auf Ausstellung von diesbezüglichen Winkelbescheinigungen sind jedoch vorerst bis zur Veröffentlichung weiterer Weisung zurückzustellen.

I. A.: Schraepel.

BefBl. S. 31

Anerkennung.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 15. 1. 1945
— I A 1 a (2) Nr. 20 007/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

Ich habe dem
//Obersturmführer Kriminalinspektor Josef Filzmann und dem
Kriminalsekretär Johann Frauscher, Kriminalpolizeistelle Linz,
meine Anerkennung für umsichtiges und einsatzbereites Verhalten ausgesprochen.

Dr. Kaltenbrunner.

BefBlS. S. 31

Benutzung der Eisenbahn durch die in den Operations- und besetzten Gebieten, im Generalgouvernement und im Protektorat Böhmen und Mähren eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD; hier Einführung des neuen Wehrmachtreisescheins.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 16. 1. 1945
— I Org. Nr. 642/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) In Ergänzung des RdErl. vom 18. 10. 1944 — I A 1 b Nr. 521/44 (BefBlS. S. 273) — werden nachstehend die vom OKW erlassenen 2. und 3. Ausführungsbestimmungen zur Einführungsverordnung des neuen Wehrmachtreisescheins und Wehrmachtmarschausweises bekanntgegeben.

(2) Auf Ziff. 2 der 2. Ausführungsbestimmung wird unter Bezugnahme auf Ziff. 2 des RdErl. vom 18. 10. 1944 besonders hingewiesen.

I. A.: Wanninger.

BefBlS. S. 31

Anlage 1:

2. Ausführungsbestimmung zur Einführungsverordnung des neuen Wehrmachtreisescheins und Wehrmachtmarschausweises. (O. K. W. Nr. 5525/44 AWA/W Allg (II c) v. 5. 9. 1944.)

1. Der Zeitpunkt der Ungültigkeitserklärung der bisherigen Reiseberechtigungsscheine und Fahrtaus-

weise wird aus Gründen der Zuführung der neuen Wehrmachtreisescheine und Wehrmachtmarschausweise für die Ersatzwehrmacht auf den 1. 11. 1944 verlegt.

2. Für die Feldwehrmacht werden die bisherigen Reiseberechtigungsscheine und Fahrtausweise vom 1. 12. 1944 ab ungültig.

3. Ohne den Zeitpunkt der Ungültigkeitserklärung zu Ziffer 1 und 2 abzuwarten, sind die Vordrucke für die bisherigen Reiseberechtigungsscheine und Fahrtausweise bereits sofort nach Empfang der neuen Wehrmachtreisescheine und Wehrmachtmarschausweise von den Truppenteilen und Dienststellen der Ersatzwehrmacht und der Feldwehrmacht an die Wehrkreiskommandos abzugeben, ggf. unmittelbar unbrauchbar zu machen und als Altpapier abzuliefern. Die Disziplinarvorgesetzten haben diese Maßnahmen zu überwachen.

O. K. W., 3. 10. 1944

— 5930/44 — AWA/W Allg (II c).

Anlage 2:

3. Ausführungsbestimmung zur Einführungsverordnung des neuen Wehrmachtreisescheins und Wehrmachtmarschausweises. (O. K. W. Nr. 5525/44 AWA/W Allg (II c) v. 5. 9. 1944.)

Das bisherige Gutscheilverfahren zur Benutzung von Kraftomnibussen entfällt für die Kraftomnibusse der Deutschen Reichspost ab 1. 10. 1944, der Deutschen Reichsbahn ab 1. 11. 1944.

Bei Berechtigung, Kraftomnibusse der Reichspost oder der Reichsbahn zu benutzen, ist für jede Strecke folgende Eintragung in den auf der Rückseite des Wehrmachtreisescheins für sonstige Abstempelungen und Eintragungen vorgesehenen Feldern der Reihe nach vorzunehmen:

Kraftomnibusgenehmigung

für Person(en)

von

nach

Diese Bescheinigung ist mit dem Dienststempel des ausstellenden Truppenteiles (Dienststelle) zu versehen und vom Kraftwagenführer bei Benutzung des Kraftomnibusses durch Namenszug und Tagesangabe zu entwerfen.

O. K. W., 26. 10. 1944

— 6300/44 — AWA/W Allg (II c).

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes II:

Bezug von Kfz.-Bereifung (Mangelgrößen) auf Ersatz-Heer-Schecks.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 13. 1. 1945
— II C 3 d Nr. 2001/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

Nachstehende Mitteilung des Rohstoffamtes Reichsführer-// wird hiermit allen Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD zur Kenntnis gebracht.

I. V.: Spacil.

BefBlS. S. 31

Anlage:**Der Reichsführer-//****Persönlicher Stab****Rohstoffamt****Ro II — P/UL****Betr.: Mangelgrößen.****Bezug: — ohne —****Anlg.: — o —**

Berlin, 30. 12. 1944.

Wie die Wehrmacht-Reifenstelle Berlin-Staaken mit Schreiben vom 22. 12. 1944 mitteilt, werden ab 1. Januar 1945 auch die Transportreifen in die Gruppe der Mangelgrößen übernommen, so daß nunmehr sämtliche Reifen der Größen ab

6.00-20 Tr.

einschließlich nur noch gegen Riesenluftchecks verausgabt werden.

Es wird gebeten, die unterstellten Dienststellen hiervon in Kenntnis zu setzen. Zur Vermeidung von Irrtümern wird hiermit nochmals klargestellt, daß diese Regelung sich nur auf

Ersatz-Heer-Schecks

bezieht, nicht jedoch auf die K-Schecks der Reichsstelle Kautschuk. Für letztere gilt nach wie vor die alte Regelung, derzufolge Übergrößen bei LKW-Schecks erst mit der Dimension 10.50-20 beginnen.

I. A.: Pilz.

Zusammenfassung der Kfz.-Instandsetzung im Heimatkriegsgebiet.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamts vom 22. 1. 1945
— II C 3 c — Nr. 260/44-g —

An Sich.Pol. u. SD.

Das OKW. — Chef WKW. — Gen. d. Kf. W./Chef Kfz.-Inst. — hat am 12. 12. 1944 — Nr. 5490/44 geh. — nachstehenden Befehl erlassen:

„Auf Grund der Führeranordnung auf Intensivierung der Maßnahmen zur Erhaltung des Kfz.-Bestandes wird für die Kfz.-Instandsetzung im Heimatkriegsgebiet angeordnet:

1. Die einheitliche Steuerung und Auslastung aller im Heimatkriegsgebiet vorhandenen Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen der Wehrmacht und Wirtschaft erfolgt durch die Wehrkreisbefehlshaber. Die Wehrkreisbefehlshaber bedienen sich hierbei der Kommandeure der Kraftfahrparktruppe der Wehrkreise, des Beauftragten des Sonderausschusses Fahrzeuginstandsetzung im Hauptausschuß Kraftfahrzeuge bei den Kommandeuren der Kraftfahrparktruppe und bei den Einheiten der Kraftfahrparktruppe der Wehrkreise.

2. Sämtliche Bedarfsträger im Heimatkriegsgebiet

- | | |
|---|---|
| a) Wehrmacht Heer | } einschl. der ins Heimatkriegsgebiet zurückverlegten Teile der Feldwehrmacht |
| Wehrmacht Luftwaffe | |
| Wehrmacht Marine | |
| Waffen-// | |
| b) angeschlossene Verbände: | |
| RAD., Polizei, OT., Transportkorps Speer, | |
| c) usw. | |

reichen zum 1. 1. 1945 an den zuständigen Wehrkreisbefehlshaber in zweifacher Ausfertigung (davon 1 für OKW./Chef WKW./Gen. d. Kf. W./Chef Kfz.-Inst.) eine Übersicht gem. Anl. 1 über alle Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen ihres Bereichs ein, in denen ungepanzerter Kfz. einschl. Zgkw. instandgesetzt werden. Einrichtungen, in denen nur Pflegearbeiten zur Aufrechterhaltung

der täglichen Betriebsbereitschaft ausgeführt werden, sind nicht auszuführen. Veränderungsmeldungen zur Übersicht sind jeweils zum 1. jeden Monats nachzureichen.

3. Die Instandsetzungseinrichtungen verbleiben grundsätzlich unter der Verwaltung ihres eigenen Bedarfsträgers. Sie sind vordringlich mit Schad.-Kfz. des eigenen Bereichs zu beschicken und auszulasten, soweit nicht für die Instandsetzung bestimmter Kfz.-Arten und -Typen vom OKW./Chef WKW./Gen. d. Kf. W./Chef Kfz.-Inst. für alle Bedarfsträger bindend geltende Sonderbestimmungen erlassen werden. Ist unter Berücksichtigung der Sonderinstandsetzung bestimmter Kfz.-Arten und -Typen eine volle Auslastung der verfügbaren Kapazitäten mit den nicht unter die Sonderbestimmung fallenden Kfz. unmöglich, so sind die freibleibenden Kapazitäten für Instandsetzung von Kraftfahrzeugen und Aggregaten, zur Teilaufarbeitung und Teilefertigung dem Kommandeur der Kraftfahrparktruppe des zuständigen Wehrkreises für Auslastung durch andere Bedarfsträger von dem hauptverantwortlichen Sachbearbeiter des betreffenden Bedarfsträgers zur Verfügung zu stellen.

4. Hierzu melden die in Frage kommenden Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen der unter Ziff. 2 genannten Bedarfsträger in zweifacher Ausfertigung (eine Ausfertigung für OKW./Chef WKW./Gen. d. Kf. W./Chef Kfz.-Inst.) zum 14. und 29. jeden Monats — erstmalig zum 1. 1. 1945 — für den kommenden halben Monat gemäß Anl. 2 unmittelbar an den Kdr. d. Kf. Pk. Tr. ihres Wehrkreises, welche Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden.

Für die sofortige und restlose Erfassung aller freien Kapazitäten, für genaue und rechtzeitige Abgabe der Meldungen an den Kdr. d. Kf. Pk. Tr. sind die Leiter und Führer der Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen persönlich verantwortlich.

5. Die Wehrkreisbefehlshaber haben das Recht, die Auslastung der Instandsetzungseinrichtungen aller Bedarfsträger überprüfen zu lassen.

6. Die Kommandeure der Kf. Pk. Tr. und die Beauftragten des Sonderausschusses Fahrzeuginstandsetzung im Hauptausschuß Kraftfahrzeuge sind dafür verantwortlich, daß alle zur Verfügung stehenden Kapazitäten beschleunigt ausgelastet werden.

7. Für die Ersatzteilversorgung und -zuführung, für Abstimmung und gegenseitigen Ausgleich der Instandsetzungseinrichtungen der einzelnen Bedarfsträger untereinander und über die einzelnen Wehrkreisbereiche hinaus ergehen „besondere Anordnungen“.

Zusatz des Reichssicherheitshauptamtes:

Die Dienststellen reichen ihre Meldungen erstmalig zum 25. 1. 1945 dem zuständigen Inspekteur bzw. Befehlshaber ein. Dieser entscheidet, welche Instandsetzungseinrichtungen unter 2. (Einrichtungen, die nur zur Pflegearbeit dienen) fallen und erstatten dann erstmalig zum 1. 2. 1945 die entsprechenden Meldungen nach Anl. 1 und 2 in zweifacher Ausfertigung unmittelbar an den zuständigen Wehrkreisbefehlshaber. Gleichzeitig geben die IdS. bzw. BdS. den unterstellten Dienststellen, deren Instandsetzungseinrichtungen unter 2. fallen, Mitteilung, damit weitere Meldungen und Berichtigungen zu Ziff. III (Aufnahmefähigkeit) der Anl. 2 unterbleiben.

Die Inst.-Werkstatt der Kfz.-Nachschubstelle Miltenberg und die Inst.-Werkstatt Königshof erstatten ihre Meldungen unmittelbar an den zuständigen Wehrkreisbefehlshaber. Beide Inst.-Werk-

stätten bringen unter „Bemerkungen“ der Anl. 1 zum Ausdruck, daß die Werkstätten nur mit Kfz.-Instandsetzungsarbeiten für den unmittelbaren Nachschub von Kfz. der Kampfverbände der Sich.Pol. beauftragt sind.

Die Meldung der Inst.-Werkstatt der Fahrbereitschaft des Reichssicherheitshauptamtes ist ebenfalls unmittelbar zu erstatten.

Sollten Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen durch Beauftragte der Wehrkreisbefehlshaber überprüft werden, ist unter Beifügung je einer Meldung nach Anl. 1 und 2 mit den letzten Veränderungen zu berichten.

I. V.: Spacil.

BefBl. S. 32

Anlage 1

zu OKW/Ch WKW/Gen. d. Kfz. W./
Chef Kfz. Inst. Nr. 5490/44 geh.

Übersicht

über Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen.

Stichtag:
Bedarfsträger:
Bereich:
Wehrkreis:
1. Anzahl der Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen:
a) Kfz.-Instandsetzungsbetrieb *):
b) Spezial-Kfz.-Instandsetzungsbetrieb **):
2. Übersicht über die Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen: :

Lfd. Nr.	Anschrift d. Kfz.-Inst.-Einrichtung	Art d. Betriebes	Bemerkungen
	Beispiel:		
1	Staatspolizeileitstelle X in Y	Allg. Kfz.-Instandsetzung	
2	SD-Leitabschnitt X in Y	Allg. Kfz.-Instandsetzung	

*) Kfz.-Inst.Betriebe für bestimmte Kfz.-Typen, z. B. Opel oder Ford, sind unter „Bemerkungen“ besonders zu bezeichnen.

**) Unter Spezial-Instandsetzungsbetrieb sind zu verstehen:

Motor-Instandsetzungsbetrieb,
Kühler-Instandsetzungsbetrieb oder
Instandsetzungsbetrieb für einzelne Kfz.-Aggregate.

Anlage 2

zu OKW/Ch WKW/Gen. d. Kfz. W./
Chef Kfz. Inst. Nr. 5490/44 geh.

Erfassung

von Kfz.-Instandsetzungseinrichtungen.

Stichtag:

Kfz.-Instandsetzungseinrichtung:

Offene Anschrift:

Einsatzort: Straße:

Art des Betriebes:

I. Belegschaft:

Ziffer: Bezeichnung: Anzahl:

- a) Facharbeiter
- b) Hilfsarbeiter
- c) Soldaten
- d) Kriegsgefangene
- e) Pol-Häftlinge
- f) KZ-Häftlinge.

II. Maschinenpark:

Ziffer: Gegenstand: Anzahl:

- a) Zylinderbohrwerk
- b) Zylinderhonwerk
- c) Kurbewellenschleifmaschine
- d) Lagerbohrwerk
- e) Säulenbohrmaschine
- f) Drehbank.

III. Aufnahmefähigkeit: (siehe Tabelle unten)

Erläuterungen:

Ziff. 1 = durchschnittl. monatl. Kapazität,
Ziff. 2 = Bestand am Stichtag,
Ziff. 3 = Aufnahmefähigkeit für kommende Monatshälfte,
Ziff. 4 = davon voraussichtl. für fremde Kraftfahrzeuge.

Für Inst.-Einrichtungen mit befohlenem Typen-Programm sind in der Kopfspalte die als Arbeitsvorrat besonders benötigten Typen einzusetzen.

Erste Meldung ist schriftlich nach Muster, weitere Meldungen sind fernschriftlich oder schriftlich mit nachstehendem FS-Schlüssel zu erstatten:

Zu III. Kfz.-Aufnahmefähigkeit für 1.3.45 Zeile 2, 3 und 4 A 30, 50, 10; B 20, nichts nichts, C nichts, 30,5 usw.

Für I (Belegschaft),
II (Maschinenpark),
III in Zeile 1 (Kapazitätsszahlen)

ist die Meldung nur bei Veränderungen früher angegebener Zahlen schriftlich zu erstatten.

III. Aufnahmefähigkeit:

Berichtszeit	Kfz.-Art bzw. Typ											
	Krd.	Pkw.	Lkw.	Kom.	Zgkw.	Zgm.	Anh.	Gl.K. Lkw.	RSO.	Gen.- Umb.	Motor	
		A	B	C	D	E	F	G	H	J	K	L
1./12. 1944	1	80	20	30								
	2	30	30	—								
	3	50	—	30								
	4	10	—	5								

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes IV:

Umbenennung der Auslandsbriefprüfstellen.

RdErl. des RFuChdDtPol. vom 8. 12. 1944
— IV ZABP — Nr. 1292/44-48/45-1 —

An Sich.Pol. u. SD.

Die bisherigen Auslandsbriefprüfstellen führen ab sofort die Bezeichnung „Prüfstellen“, die bisherige Zentralstelle für die Auslandsbriefprüfstellen

die Bezeichnung „Prüfleitstelle“. Die bei den Prüfstellen vorhandenen Verschlusstreifen mit der Aufschrift „Zensurstelle Ab“ usw. und die vorhandenen Formblätter mit der Aufschrift „Auslandsbriefprüfstelle“ sind aufzubrauchen. Bei Neuankunft ist die neue Dienstbezeichnung zu benutzen.

I. V.: Dr. Kaltenbrunner.

BefBl. S. 33



Bekanntmachung von Einziehungsverfügungen im Reichsanzeiger.

RdErl. des RMdI. vom 30. 12. 1944
— Pol.S. IV A 4 b (Festst.) — 4/43 —

(Dieser Erl. ist auch im MBliV. veröffentl.)

An die Sich.Pol.

In allen Fällen, in denen Verfügungen auf Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens den Betroffenen zugestellt werden können, ist hiervon Gebrauch zu machen und die öffentliche Bekanntmachung zu unterlassen. Soweit eine öffentliche Bekanntmachung unerlässlich ist, muß sie in der allerknappsten Form gehalten werden. In der Einleitung sind die gesetzlichen Grundlagen nur noch nach Datum und Fundstelle zu bezeichnen. Die Aufzählung einzelner Vermögensstücke hat zu unterbleiben.

I. V.: Dr. Kaltenbrunner.

BefBl. S. 34

Verschiedenes

Berichtigung zum Dienststellenverzeichnis der Sich.Pol. u. des SD.

(Zum RdErl. vom 14. 5. 1943 — II A 1 Nr. 900/42-151 —)

Es sind folgende Berichtigungen vorzunehmen:

Abschnitt II (Ausgabe Juni 1944)

Seite 4 (IdS. Danzig). Anschrift ändern in: in Danzig-Langfuhr, Steffensweg 26, Anruf: 41 441. Beim FS ändern Stapo in KdS.

Abschnitt V (Ausgabe Juni 1944)

Seite 3 (St. Bremen). Die Anschrift der ASt. Cloppenburg lautet: Cloppenburg i. O., Bahnhofstr. (Zollamt), Anruf: 574.

Seite 24 (StL. Nürnberg). Streichen: Ludwigstr. 36 u. Anruf 2951; dafür setzen: Fürther Straße (Justizgebäude), Anruf: 61 360.

Abschnitt VI (Ausgabe Juni 1944)

Seite 10 (KPLSt. Dresden). In Spalte AP. sind folgende Dienststellen mit allen Angaben zu streichen: Bischofswerda, Coswig, Heidenau, Neugersdorf, Radeberg u. Sebnitz.

Seite 20 (KPSt. Innsbruck). Anschrift Südtiroler Platz 14—16 ändern in: Museumstr. 17 a, u. Anruf 2640 ändern in: 2081/82.

Seite 25 (KPSt. Koblenz). Bei der KPSt. streichen: Kaiser-Wilhelm-Ring 47—51; dafür setzen: Laubach, Polizeipräsidium.

Seite 27 (KPSt. Leipzig). Bei der KPSt. sämtl. Anrufnummern streichen; dafür setzen: Fernruf: 35 550, Ortsruf: 34 136 u. 44 306.

Seite 29 (KPSt. Magdeburg). Die Anschrift des AP, Wernigerode ändern in: Nicolaiplatz 1. Hinter Anruf 3041 setzen: (nachts 2342).

Abschnitt VII (Ausgabe Juni 1944)

Seite 6 (SD-LA. Breslau). Bei der SD-ASt. Glatz streichen: Frankensteiner Str. 11; dafür setzen: Ring 1, Zi. 73.

Seite 18 (SD-LA. Kattowitz). Bei der SD-ASt. Kreuzburg Anschrift u. Anruf ändern in: Landsberger Str. 22 (Amtsgericht, Zi. 45), Anruf: 255.

Seite 19 (SD-A. Kiel). Bei der SD-ASt. Heide Anschrift ändern in: Markt 32.

Abschnitt IX (Ausgabe Juni 1944)

Seite 2. Beim H//uPF. Braunschweig Anschrift u. Anruf ändern in: Braunschweig, Pippelweg 69, Anruf: A 88. Beim H//uPF. General der Polizei ändern in: General der Waffen-// und der Polizei.

BefBl. S. 34

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt!

Die Abordnung des // -Obersturmbannführers Ob.Reg.Rat Dr. Deumling zur Einsatzgruppe Kroatien als Führer des Einsatzkommandos Esseg ist aufgehoben.

Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Oberst der Pol.: // -Standartenführer Ob.Reg.Rat Stoßberg, BdSudSD. Breslau.

Abgeordnet: // -Sturmbannführer Reg.Rat Helmut Reinhard (BdSudSD. Oslo) zum KdS. Reichenberg und mit der Leitung der Dienstgeschäfte des Leiters IV und der ständigen Vertretung des KdS. beauftragt.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Reg.Rat: // -Sturmbannführer Reg.Ass. Prast (Dresden — abgeordnet zur Kripoleitst. Dresden —).

Beauftragt: // -Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Lange (Berlin) mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des KdS. Posen, die Abordnung zum BdSudSD. Ostland ist aufgehoben; // -Sturmbannführer Ob.Reg.Rat Sprinz (Köln) mit der Führung des Einsatzkommandos Esseg der Einsatzgruppe Kroatien; die Abordnung zum BdSudSD. Ungarn ist aufgehoben.

Versetzt: // -Obersturmführer Krim.-Insp. Petzoldt (Stapost. Leipzig) zur Kripost. Leipzig.

SD.

Kommandiert: die // -Sturmbannführer Alfred Kutter zum BdSudSD. Rhein/Westmark in Wiesbaden, Werner Kämpf zum Reichssicherheitshauptamt, Werner May zum IdSudSD. München;

// -Hauptsturmführer Richard Eber zum Reichssicherheitshauptamt;

// -Obersturmführer Erich Belitz zum SD-A. Potsdam.

Beauftragt: die // -Sturmbannführer Herbert Beyer mit der komm. Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Abschnittsführers in Dortmund, Adolf Blunck mit der Führung der SD-HASt. Würzburg;

die // -Hauptsturmführer Fritz Keßler mit der Leitung der SD-Ast. Gera, Herbert Hösselbarth mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Hauptaußenstellenleiters in Chemnitz.

BefBl. 1945 S. 34